

HOLD LUH ACCOUNTABLE

**Ein Bericht über die Komplizenschaft der Leibniz
Universität Hannover am Genozid am
palästinensischen Volk**

2025

von Students for Palestine Hannover

gewidmet an Volker Epping
"Völkerrechtler" und Präsident der LUH - Alles Gute zum 66.
Geburtstag

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	3
1.1 Resolutionen und Staatsräson.....	4
1.2 Repressionen an der Leibniz Universität Hannover.....	6
1.3 Zur völker- und menschenrechtlichen Bewertung der Besatzungspolitik.....	7
Hauptteil: Analyse	9
1. Komplizenschaft durch Kooperation: Akademische Verantwortung im völkerrechtlichen Kontext.....	9
1.1 BDS und akademischer Boykott: Ethische Verantwortung in Zeiten kolonialer Gewalt.....	9
1.2 Besondere Verantwortung der LUH im Scholasticide in Gaza.....	12
1.3 Aussetzung aller Kooperationen mit Russland: Präzedenzfall.....	13
2. Kooperationsuniversitäten zwischen der LUH und dem Apartheidstaat Israel.....	15
2.1 Technion.....	16
2.2 Hebrew University.....	18
2.3 University of Haifa.....	22
3. Grundsätzliche Problematik israelischer Universitäten.....	23
3.1 Landraub.....	25
3.2 Cultural erasure.....	27
3.3 Education.....	28
4. Wissenschaftlicher Austausch und Verstrickung im militärischen Komplex.....	29
4.1 Strategische Ausrichtung der LUH.....	29
4.2 Drittmittel Verflechtungen der LUH: Industrie, Rüstung und historische Kontinuitäten.....	31
4.2.1 Allgemeine Drittmittelgeber mit fragwürdiger Nähe zur Industrie.....	31
4.2.2 Historisch belastete Stiftungen und Unternehmen.....	32
4.2.3 Rüstungsindustrie-nahe und militärisch-verflochtene Akteure.....	33
4.2.4 Öffentliche Drittmittelförderung.....	34
4.3 Die Rolle der Leibniz Universität Hannover in nicht-ziviler Forschung.....	35
4.4 Israelische akademische Institutionen in der Forschung der Leibniz Universität Hannover.....	37
4.5 EU-Forschungsförderung, Horizon Europe und die Komplizenschaft der LUH mit dem israelischen Militärkomplex.....	42
4.6 Wissenschaftliche Komplizenschaft im Kontext eines andauernden Genozids...	46
Schluss	48
Quellenverzeichnis	50

Einleitung

Vor dem Hintergrund der fortgesetzten militärischen Gewalt und der strukturellen Menschenrechtsverletzungen, die der Staat Israel insbesondere seit Oktober 2023 gegenüber der palästinensischen Zivilbevölkerung ausübt, gewinnt die Forderung nach einem akademischen Boykott israelischer Institutionen zunehmend an Dringlichkeit. In diesem Kontext sind Hochschulen wie die Leibniz Universität Hannover gefordert, ihre internationalen Partnerschaften nicht länger als unpolitische oder rein wissenschaftliche Kooperationen zu begreifen. Vielmehr tragen institutionelle Beziehungen in Form von Austauschprogrammen, Forschungsprojekten oder offiziellen Partnerschaften eine ethische Verantwortung, insbesondere dann, wenn sie mit Einrichtungen bestehen, die unmittelbar oder strukturell an der Stabilisierung eines Regimes beteiligt sind, das auf Besatzung, Siedlerkolonialismus und systematischer Gewalt fußt. Die Frage nach einem akademischen Boykott ist somit keine rein politische, sondern eine zutiefst ethische: Sie betrifft die Glaubwürdigkeit universitärer Grundwerte wie Menschenwürde, Freiheit der Wissenschaft und internationale Solidarität. Institutionen, die sich diesen Werten verpflichtet sehen, können nicht gleichzeitig in Kollaboration mit Einrichtungen stehen, die aktiv an der Reproduktion kolonialer Herrschaftsverhältnisse und schwersten Menschenrechtsverbrechen mitwirken.

Die Leibniz Universität Hannover drückt in ihrem zentralen Leitbild den Wunsch aus, als Institution „zu nachhaltigen, friedlichen, verantwortungsvollen und bewussten Lösungen von Schlüsselfragen der Zukunft beizutragen“ ([LUH, 2025](#)). Drei der Säulen, auf die sich dieses Leitbild stützt, sind:

1. „Wissenschaftsethik“, d.h. der Anspruch, „verantwortungsvoll zu handeln“ und „dem friedlichen Zusammenleben der Menschen zu dienen und zur Beantwortung der drängenden Fragen unserer Zeit beizutragen [...], was eine kritische Reflexion und die Abwägung der Folgen [ihres] Handelns erfordert“;
2. „Suche nach der Wahrheit“, d.h. der Anspruch, „neugierig und weltoffen“ zu sein, indem sie „kritisch und konstruktiv sind und Kreativität und Dialogfähigkeit als Voraussetzung für innovatives Handeln fördern“. Sie erheben den Anspruch, „ausländische Studierende, Beschäftigte, Lehrende und Gäste zu integrieren und die interkulturelle Kompetenz aller Mitglieder der Leibniz Universität Hannover zu fördern“;
3. „Eine besondere Universitätskultur“, in der sie den Anspruch erheben, „eine Universitätskultur zu fördern, die Raum für Kreativität schafft [und] zum Dialog anregt“, dass sie „Wert auf transparente Entscheidungsfindung und die Möglichkeit der Beteiligung aller legen“ und den Anspruch erheben, „angemessene Qualitätskontrollen in Lehre, Forschung und Verwaltung“ zu gewährleisten ([LUH, 2025](#)).

Es scheint also, dass sich die Leibniz Universität Hannover nicht nur ihrer Verantwortung für den Schutz der Menschenrechte, der Bedeutung der Wahrheitsfindung und der Anpassung veralteter Prozesse bewusst ist - sie behauptet sogar stolz, eine Institution zu sein, die dieser Verantwortung gerecht wird. Das Bild, das sich bei näherer Analyse des Vorgehens der LUH offenbart, steht jedoch im Widerspruch zu den offiziellen Selbstzuschreibungen. Diese Widersprüchlichkeit im Selbstverständnis der Universität spiegelt sich nicht nur in ihrer institutionellen Praxis wider, sondern ist auch eingebettet in einen breiteren politischen Kontext, der durch staatliche Leitlinien und Resolutionen geprägt ist - insbesondere im Umgang mit der BDS-Bewegung und der Frage nach akademischer Verantwortung.

1.1 Resolutionen und Staatsräson

„Antisemitismus“ - ein Begriff, der komplex und vielschichtig definiert wird. In diesem Zusammenhang wird er von drei nicht-bindenden Resolutionen der deutschen Bundesregierung aufgegriffen, die maßgeblichen Einfluss auf das Verhalten deutscher Institutionen ausüben - darunter eine Resolution, die sich ausdrücklich an Schulen und Hochschulen richtet. Die erste dieser Resolutionen - die Resolution Nr. 19/10191 aus dem Jahr 2019 - bezieht eindeutig Stellung gegen die BDS-Bewegung, die für diesen Bericht von zentraler Bedeutung ist. BDS (Boycott, Desinvestition und Sanktionen) bezeichnet die gewaltfreie palästinensische Bewegung, die seit 2005 die tief verwurzelte internationale Legitimität, die dem israelischen Apartheidsregime durch die Unterstützung der westlichen Weltmächte zugeschrieben und verteidigt wird, in Frage stellt, indem sie andere Nationen, Unternehmen und Institutionen auffordert, ihre Beziehungen zu Israel vollständig zu kappen ([Deutscher Bundestag, 2019](#)). Dies geht Hand in Hand mit dem, was wir von der LUH fordern.

Wie so oft wurde die BDS-Bewegung von der deutschen Regierung als eine unverhohlene Form des Antisemitismus dargestellt, die kategorisch und vehement abgelehnt werden sollte - die Essenz der Resolution Nr. 19/10191 ([Deutscher Bundestag, 2019](#)). Dabei werden jedoch mehrere entscheidende Tatsachen nicht beachtet. Die Entschließung Nr. 19/10191 orientiert sich an der Arbeitsdefinition der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) von Antisemitismus, welche vor allem Formen von Antisemitismus in den Blick nehmen soll, die sich in Kritik am Staat Israel äußern ([BAS, 2025](#)). Diese Definition steht seit ihrer Veröffentlichung in der Kritik, da sie die Grenze zwischen berechtigter politischer Kritik an israelischer Staatsgewalt und antisemitischen Äußerungen verwischt. Darüber hinaus ist die BDS-Bewegung dadurch geprägt, dass diese die Strategie der Anti-Apartheid-Bewegung anwendet, die im Mittelpunkt des Widerstands gegen die südafrikanische Apartheid stand. Auch wenn es letztlich Schwarze Südafrikaner*innen waren, die den Kampf gegen das brutale Apartheidsregime

beendeten, haben die BDS-Bewegungen dieser Zeit viel dazu beigetragen, das Regime zu delegitimieren und im internationalen Kontext zu isolieren.

Die deutsche Erinnerungskultur hat die bedingungslose Unterstützung Israels zu ihrer "Staatsräson" gemacht. Die Existenzberechtigung Israels wird dabei in bestimmten Situationen wichtiger erachtet als das eigene Volk ([ND, 2024](#)). Diese Haltung findet ihr Motiv, wie Daniel Marwecki erklärt, nicht primär in der moralischen Verantwortung für den Holocaust, sondern in strategischen und eigennützigen politischen Interessen. Er weist darauf hin, dass die Beziehung der BRD zu Israel vor allem darauf beruhte, um sich von der Schuld im Holocaust reinzuwaschen, statt sie tatsächlich aufzuarbeiten. Es sei darum gegangen, wie Konrad Adenauer 1966 sagte, "internationales Ansehen wiederzuerlangen", wobei er betonte, dass "die Macht der Juden auch heute noch nicht zu unterschätzen sei" - die Beziehung war dementsprechend auch vom (bis heute) überdauernden Antisemitismus im Nationalsozialismus geprägt. Daniel Marwecki bezeichnet die Beziehung als "Absolution" (für Deutschland) und "Staatsaufbau" (für Israel). West-Deutschland habe dabei, so Marwecki, keinen hohen Preis gezahlt, sondern durch die Reparationen an Israel, in Form von Warenexporten, eher einen wirtschaftlichen Aufschwung erlebt ([ND, 2024](#)). Ein weiterer, offensichtlicher Hinweis darauf, dass es Deutschland nicht um eine moralische Aufarbeitung ging ist, dass die BRD Israel ab 1965 "nicht mehr so offensiv unterstützen [wollte]", um beim Umstieg von Kohle auf Öl "die deutsch-arabischen Beziehungen nicht aufs Spiel zu setzen" ([ND, 2024](#)). Schon damals wurde es also klar, dass die Unterstützung Israels seitens der BRD in dem Moment fallengelassen werden kann, sobald andere eigennützige Interessen in den Vordergrund rücken - woraus wir über die heutige Situation schließen können, dass die BRD und andere Unterstützende aktuell noch am meisten von der bedingungslosen Unterstützung Israels in Besatzung und Völkermord profitieren. Die moralische Rhetorik, dass Deutschland die Verpflichtung hätte, Israel bedingungslos den Rücken zu decken, dient seit jeher also zum Selbstbild; als intransparentes politisches Instrument, um die eigennützigen, strategischen Motivationen als moralisch unhinterfragbares und unantastbares Gebot zu etablieren - die Staatsräson ([ND, 2024](#)). In Übereinstimmung dessen hat die Deutsche Bundesregierung nicht nur die IHRA-Arbeitsdefinition von Antisemitismus übernommen, deren Fokus bereits stark auf dem Staat Israel liegt, sondern diese über den ursprünglichen Rahmen hinaus erweitert. Die Erweiterung hält explizit fest, dass "auch der Staat Israel, der dabei als jüdisches Kollektiv verstanden wird, das Ziel von [antisemitischen] Angriffen sein kann." (BAS, 2025). Eine solche Interpretation verschiebt die Trennlinie zwischen legitimer Kritik an staatlichem Handeln und tatsächlichem Antisemitismus erheblich. Doch wenn Staatsräson und menschenrechtliche Prinzipien in fundamentalen Widerspruch zueinander geraten, darf dies nicht zu einem Klima des Schweigens führen - auch nicht an deutschen Hochschulen. Doch das Klima, das die erweiterte Arbeitsdefinition sowie die Resolutionen Nr. 19/10191, 20/13627 und 20/14703 verstärkt haben, macht es in Deutschland, auch an der LUH, immer

gefährlicher und schwieriger, sich gegen die dokumentierten Kriegsverbrechen und völkerrechtswidrigen Angriffe des israelischen Apartheidregimes auszusprechen und zu organisieren ([Bundestag, 2019](#)); ([Bundestag, 2024](#)); ([Bundestag, 2025](#)).

1.2 Repressionen an der Leibniz Universität Hannover

Im Anschluss an ein Gespräch zwischen Vertreter*innen der Hochschulgruppe „Students for Palestine Hannover“ (SfP Hannover) und dem Präsidenten der Leibniz Universität Hannover, Volker Epping, in dem zentrale Forderungen und Anliegen der Gruppe thematisiert wurden, kam es zu einer Reihe besorgniserregender Repressionsmaßnahmen gegen einzelne Mitglieder und Unterstützer*innen. Zwei langjährig an der Universität beschäftigte Studierende, die an dem Treffen mit dem Präsidium teilgenommen hatten, verloren im unmittelbaren zeitlichen Zusammenhang ihre Beschäftigungsverhältnisse. Ein Schritt, der angesichts ihres Engagements und ihrer langjährigen Mitarbeit an der Universität auf institutionelle Sanktionierung hindeutet. Ein weiteres Beispiel für die systematische Behinderung studentischer Selbstorganisation zeigte sich in der kurzfristigen Absage einer bereits genehmigten Raumbuchung für eine öffentliche Plenarsitzung von SfP Hannover. Als Begründung führte die Universitätsverwaltung an, dass die Veranstaltungswerbung nicht der ursprünglichen Raumanfrage entsprochen habe. Dieser Vorwurf ist nachweislich unbegründet. Die Kommunikation der Gruppe war von Beginn an transparent, und es hatte keinerlei Änderungen nach der Genehmigung gegeben. Die kurzfristige Absage zwang SfP Hannover, innerhalb kürzester Zeit einen alternativen Veranstaltungsort zu organisieren, was dazu führte, dass zahlreiche interessierte Personen die Veranstaltung aufgrund fehlender oder verspäteter Informationen nicht besuchen konnten. Auch innerhalb studentischer Gremien kam es zu gezielten Diffamierungsversuchen und Einschüchterungen. Während der ersten Sitzung des neuen Studierendenrates wurden von einer Gruppe zionistisch motivierter Studierender gezielt falsche Behauptungen über Mitglieder von SfP Hannover verbreitet, um deren Ansehen zu beschädigen und eine Wahlbeteiligung an den AStA-Wahlen zu verhindern. In Pausen sowie nach der Sitzung wurden einzelne Mitglieder der Gruppe verbal angegriffen, umringt und massiv unter Druck gesetzt. Diese Eskalation führte letztlich dazu, dass die anstehende Wahl verschoben werden musste, da die vorangegangene Sitzung durch gezielte Störungen zum Scheitern gebracht worden war. Auch in der folgenden Sitzung setzten sich diese Strategien fort: Wiederholt wurden unwahre Behauptungen, Anschuldigungen und diffamierende Aussagen gegen SfP Hannover erhoben, teils in offener verbaler Aggression gegenüber namentlich genannten Mitgliedern. Besonders besorgniserregend ist hierbei die gezielte Einschüchterung durch einige zionistisch ausgerichtete Mitglieder des Studierendenrates, die ihre Machtposition nutzen, um kritische Stimmen zu marginalisieren und eine demokratische Partizipation palästinasolidarischer Studierender systematisch zu unterbinden.

1.3 Zur völker- und menschenrechtlichen Bewertung der Besatzungspolitik

Die völkerrechtliche Beurteilung der israelischen Politik in den besetzten palästinensischen Gebieten wird seit Jahrzehnten von zahlreichen Resolutionen der Vereinten Nationen, völkerrechtlichen Verträgen und Urteilen internationaler Gerichte geprägt. Insbesondere Israels Siedlungspolitik, das militärische Vorgehen gegenüber der palästinensischen Zivilbevölkerung sowie der aktuelle Genozid im Gazastreifen stehen im Zentrum dieser Kritik.

Bereits 1979 stellte der UN-Sicherheitsrat in Resolution 446 fest, dass die israelische Siedlungspolitik „keine rechtliche Gültigkeit besitzt“ und ein „ernsthaftes Hindernis“ für einen gerechten und dauerhaften Frieden darstellt ([UNSCR, 1979a](#)). Diese Einschätzung wurde in Resolution 452 desselben Jahres bekräftigt ([UNSCR, 1979b](#)). Grundlage dieser Bewertung ist die Vierte Genfer Konvention von 1949, insbesondere Artikel 49 Absatz 6, welcher festhält: „Die Besatzungsmacht darf nicht Teile ihrer eigenen Zivilbevölkerung in das von ihr besetzte Gebiet deportieren oder umsiedeln.“ ([Genfer Abkommen IV., 1949](#)). Resolution 2334 des UN-Sicherheitsrates vom 23. Dezember 2016 erklärte noch deutlicher, dass die Siedlungstätigkeit „einen eklatanten Verstoß gegen das Völkerrecht“ darstellt und forderte einen sofortigen Stopp der Besatzungsmaßnahmen im Westjordanland, einschließlich Ostjerusalem ([UN, 2016](#)). Besondere internationale Aufmerksamkeit erlangte der Fall Südafrika gegen Israel vor dem Internationalen Gerichtshof (IGH) im Jahr 2024. Südafrika reichte Klage wegen Verstoßes gegen die Konvention zur Verhütung und Bestrafung des Völkermordes (1948) ein. Der Internationale Gerichtshof bestätigte am 26. Januar 2024 in seinem Beschluss über vorläufige Maßnahmen, dass das Vorbringen Südafrikas „plausibel“ sei und ein „unmittelbares Risiko der Begehung eines Völkermordes“ bestehe ([ICJ, 2024](#)). In der Entscheidung verpflichtete das Gericht Israel, unter anderem:

- alle Maßnahmen zur Verhinderung von Völkermord (Art. II Genozidkonvention) zu ergreifen,
- die israelischen Streitkräfte zur Einhaltung dieser Pflichten zu verpflichten,
- Anstiftung zum Völkermord zu verhindern und zu bestrafen,
- ungehinderten humanitären Zugang nach Gaza zu ermöglichen ([ICJ, 2024a](#)).

Diese Maßnahmen sind rechtlich bindend. Dennoch stellte die International Commission of Jurists (ICJ) im Februar 2024 fest, dass Israel die Anordnungen weitgehend missachtet habe: Die militärischen Angriffe, die Blockade humanitärer Hilfe und die gezielte Zerstörung ziviler Infrastruktur hielten an und könnten als Bruch der IGH-Anordnungen gewertet werden ([ICJ, 2024b](#)). Auch der UN-Menschenrechtsrat verurteilte mehrfach die israelischen Aktivitäten. In der Resolution 46/L.31 wird festgehalten, dass die Siedlungen in den besetzten Gebieten einschließlich Ostjerusalem sowie auf den syrischen Golanhöhen „illegal

unter dem Völkerrecht“ sind und das Selbstbestimmungsrecht der palästinensischen Bevölkerung verletzen ([OHCHR, 2021](#)).

Eine wirtschafts- und umweltbezogene Perspektive bietet Resolution 66/225 der UN-Generalversammlung vom 22. Dezember 2011, in der Israels Ausbeutung der natürlichen Ressourcen in den besetzten Gebieten, die Umleitung von Wasser und die Zerstörung palästinensischer Infrastruktur als völkerrechtswidrig bezeichnet werden ([UN 66/225, 2011](#)). Diese internationalen Stellungnahmen betreffen zentrale völkerrechtliche Instrumente: neben der Vierten Genfer Konvention ([Genfer Abkommen IV., 1949](#)) und der Völkermordkonvention ([CPPCG, 1948](#)) auch das Völkergewohnheitsrecht und die UN-Charta ([ICJ, 1945](#)). Letztere verpflichtet alle Mitgliedstaaten, den internationalen Frieden zu wahren und Menschenrechte zu fördern. Daraus ergeben sich klare Implikationen für deutsche Universitäten:

1. Sorgfaltspflichten in Kooperationen: Hochschulen müssen prüfen, ob Partnerinstitutionen (z. B. israelische Universitäten, die in den Siedlungen aktiv sind oder mit dem Militär kooperieren) in Aktivitäten involviert sind, die als völkerrechtswidrig gelten könnten.
2. Rechtskonforme Forschung: Die Beteiligung an Projekten, die mittelbar völkerrechtswidrige Praktiken legitimieren oder unterstützen, ist zu vermeiden.
3. Wissenschaftliche Neutralität und Aufklärung: Lehr- und Forschungseinrichtungen tragen Verantwortung dafür, Studierenden objektive Informationen auf Basis international anerkannter Rechtsprechung zu vermitteln - einschließlich der Urteile des IGH.
4. Pflicht zur Nichtmitwirkung: Gemäß Artikel 1 der Vierten Genfer Konvention sind alle Vertragsstaaten verpflichtet, die Konvention „unter allen Umständen einzuhalten und durchzusetzen“, was eine indirekte Mitwirkung an Verstößen ausschließt.

Vor diesem völkerrechtlichen Hintergrund stellt sich die Frage, inwiefern deutsche Hochschulen, insbesondere die Leibniz Universität Hannover ihren Verpflichtungen nachkommen oder durch bestehende institutionelle Verflechtungen und politische Vorgaben sogar aktiv zur Aufrechterhaltung und Legitimation völkerrechtswidriger Zustände beitragen. Neben ihren Kooperationen mit israelischen Universitäten und Institutionen hat die Leibniz Universität Hannover unter anderem auch Beschlüsse der deutschen Regierung umgesetzt, die das Völkerrecht und die akademische Freiheit verletzen.

Die vorliegende Analyse zielt darauf ab, die Komplexität der akademischen Zusammenarbeit zwischen der LUH und den israelischen Universitäten darzustellen und untersucht die damit verbundenen moralischen, rechtlichen und politischen Dimensionen. In diesem Kontext wird auch die Bedeutung einer kritischen Auseinandersetzung mit den Partnerinstitutionen hervorgehoben, um dem Anspruch der LUH auf wissenschaftliche Exzellenz und gesellschaftliche Verantwortung gerecht zu werden. Dahingehend soll dieser Bericht besonders dazu dienen, die

enge und vielschichtige Verflechtung zwischen der Leibniz Universität Hannover, staatlichen Akteur*Innen der Bundesrepublik Deutschland und israelischen Hochschul- sowie Forschungsinstitutionen darzulegen, welche im Kontext der fortgesetzten gewaltsamen Unterdrückung, Vertreibung und massenhaften Vernichtung der palästinensischen Bevölkerung als Mitverantwortung am völkerrechtlich als Genozid eingestuften Vorgehen Israels zu bewerten ist.

Hauptteil: Analyse

1. Komplizenschaft durch Kooperation: Akademische Verantwortung im völkerrechtlichen Kontext

1.1 BDS und akademischer Boykott: Ethische Verantwortung in Zeiten kolonialer Gewalt

Die anhaltenden Verbrechen Israels gegen die palästinensische Bevölkerung haben seit dem 7. Oktober 2023 ein Ausmaß erreicht, das nach Einschätzung zahlreicher internationaler Institutionen, darunter Amnesty International, Human Rights Watch und mehreren UN-Gremien, als ein Völkermord zu klassifizieren ist. Allein in den ersten drei Monaten der israelischen Militäroperationen in Gaza wurden über 42.000 Palästinenser*Innen getötet, über 90 % der Bevölkerung mindestens einmal vertrieben, mehr als 70 % der zivilen Infrastruktur zerstört, einschließlich 84 % der Gesundheitseinrichtungen und über der Hälfte der Wasser- und Abwassersysteme ([OCHA, 2024](#)). Die Vereinten Nationen prägten hierfür den Begriff „Scholasticide“ - die systematische Zerstörung von Bildungsinfrastrukturen - da nahezu alle Universitäten, Schulen und Bildungsministerien im Gazastreifen vollständig zerstört wurden und rund 625.000 Schüler*innen sowie tausende Lehrende ihrer elementaren Bildungsrechte beraubt wurden ([UKPFP, 2025](#)). Inmitten dieser humanitären Katastrophe stellt sich die Frage nach der Rolle akademischer Institutionen - nicht nur im globalen Süden oder in Israel selbst, sondern auch in Europa. In Deutschland, wo historische Verantwortung gegenüber jüdischem Leben zurecht zentrale Bedeutung hat, führt die häufige Gleichsetzung von Kritik an dem israelischen Staat mit Antisemitismus zu einer Diskursverschiebung und zunehmender Kriminalisierung der Solidarität mit Palästina.

Dies manifestiert sich zunehmend auch im universitären Raum: Veranstaltungen werden untersagt, Forschungsförderungen entzogen, Studierende und Lehrende wegen ihrer palästinasolidarischen Haltung diszipliniert oder sollen exmatrikuliert werden ([Jüdische Stimme, 2024](#)); ([Tagesschau, 2024](#)); ([taz, 2024](#)). Gerade in einer solchen politischen Konstellation ist es notwendig, auf die historisch bewährten und rechtlich legitimierte Mittel des zivilen Widerstands zurückzugreifen. In diesem

Kontext stellt die BDS-Kampagne, mit dem akademischen Boykott als einer ihrer zentralen Säulen, einen ethisch kohärenten, legalen und historisch anschlussfähigen Handlungsrahmen dar. Ziel ist es, Universitäten in ihrer institutionellen Verantwortung zu adressieren und die Komplizenschaft mit einem völkerrechtswidrigen Regime offenzulegen und aktiv zu beenden. Die Bewegung für Boykott, Desinvestitionen und Sanktionen (BDS) wurde 2005 von mehr als 170 palästinensischen zivilgesellschaftlichen Organisationen ins Leben gerufen - darunter Gewerkschaften, NGOs, Studierendengruppen und Menschenrechtsnetzwerke. Sie knüpft ausdrücklich an den internationalen Boykott gegen das südafrikanische Apartheidregime an und fordert die globale Gemeinschaft auf, durch ökonomischen, kulturellen und akademischen Druck auf Israel eine Einhaltung des Völkerrechts zu erzwingen ([BDS, 2005](#)). Die Kampagne basiert auf drei fundamentalen Forderungen:

1. Die Beendigung der israelischen Besatzung und Kolonisierung aller seit 1967 besetzten arabischen Gebiete sowie der Abriss der illegalen Mauer,
2. die vollständige Gleichstellung der palästinensischen Bürger*innen Israels,
3. die Einhaltung und Umsetzung des Rückkehrrechts der palästinensischen Geflüchteten gemäß UN-Resolution 194 ([BDS, 2005](#)).

Was BDS insbesondere auszeichnet, ist die konsequente Gewaltfreiheit sowie der Fokus auf strukturelle, nicht individuelle Verantwortlichkeit. So richtet sich der akademische Boykott nicht gegen israelische Wissenschaftler*innen als Individuen, sondern gegen die Institutionen, die integraler Bestandteil des israelischen Apartheid- und Kolonialsystems sind - insbesondere durch ihre Kooperation mit dem Militär, der Sicherheitsindustrie sowie durch die ideologische und technologische Absicherung der Besatzung ([BDS, 2014](#)). Akademische Einrichtungen genießen in westlichen Demokratien häufig einen Ruf als neutrale, weltoffene Orte der freien Forschung und kritischer Debatte. Diese Selbstdarstellung verkennt jedoch, dass Universitäten auch Akteure in geopolitischen Machtkonstellationen sind - insbesondere dann, wenn sie aktiv an der infrastrukturellen, ideologischen und militärischen Stabilisierung von Apartheidregimen mitwirken. In Israel ist diese Verflechtung zwischen Hochschulen, Militär und Staat besonders ausgeprägt. So unterhält etwa die Hebrew University Jerusalem (HUJ) nicht nur enge Verbindungen zur israelischen Armee, sondern befindet sich teilweise auf illegal besetztem Land ([AL-HAQ, 2022](#)). Ähnlich agiert das Technion - Israel Institute of Technology in Haifa, das durch seine Forschung an Drohnentechnologie und automatisierten Waffensystemen direkt an der Aufrechterhaltung der militärischen Besatzung beteiligt ist ([Medium, 2024](#)). Zahlreiche weitere israelische Universitäten spielen eine zentrale Rolle in der Reproduktion von kolonialem Wissen: Sie fördern ein akademisches Umfeld, das die Vertreibung, Unsichtbarmachung und Delegitimierung der palästinensischen Geschichte strukturell absichert und durch die Ausgrenzung palästinensischer Narrativen, die koloniale Gewalt und die

Normalisierung eines Ausnahmezustands, der längst zum System geworden ist, leugnet (Pappé, 2014).

Universitäten sind nicht nur Orte der Wissensproduktion, sondern zugleich moralische Akteure. Ihre Legitimität erwächst nicht nur aus wissenschaftlicher Exzellenz, sondern auch aus ihrer Verankerung in grundlegenden Prinzipien wie Menschenwürde, Pluralismus und der Verpflichtung zu Gerechtigkeit. In diesem Sinne ist akademische Freiheit untrennbar mit Verantwortung verknüpft: Freiheit in Forschung und Lehre darf nicht bedeuten, institutionelle Blindheit gegenüber struktureller Gewalt zu reproduzieren. Gerade deutsche Hochschulen, die sich vielfach in ihren Leitbildern zu Demokratie, Menschenrechten und globaler Verantwortung bekennen, sind verpflichtet, ihre Partnerschaften auf die Vereinbarkeit mit diesen Prinzipien zu überprüfen.

Die Leibniz Universität Hannover, wie viele andere deutsche Universitäten, unterhält akademische Beziehungen zu israelischen Hochschulen, darunter auch zu solchen, die nachweislich in koloniale Praktiken involviert sind. Diese Kooperationen umfassen gemeinsame Forschungsprojekte, Austauschprogramme, Fellowships und strategische Partnerschaften. Die ethische Problematik ergibt sich nicht allein aus der Kooperation mit israelischen Universitäten an sich, sondern aus der institutionellen Verstrickung dieser Einrichtungen in ein System, das durch internationale Organisationen als Apartheidregime identifiziert wurde. Die fortgesetzte Zusammenarbeit mit solchen Institutionen ist damit nicht neutral, sondern politisch und sie hat konkrete Konsequenzen. Sie verleiht dem israelischen Regime internationale Legitimation, normalisiert koloniale Zustände und trägt zur Reproduktion eines Systems bei, das Bildung, Forschung und Wissenschaft zur Kontrolle, Überwachung und Unterdrückung einer ganzen Bevölkerung instrumentalisiert. Insofern ist die Frage nicht, ob Wissenschaft politisch ist, sondern auf wessen Seite sie steht.

Der akademische Boykott im Rahmen von BDS ist kein isoliertes Phänomen, sondern Teil einer internationalen Bewegung, die von Wissenschaftler*innen, Studierenden und Institutionen weltweit getragen wird. Bereits über 300 akademische Verbände und Institute, darunter die American Studies Association, die Association for Asian American Studies, die South African University Faculty Association sowie zahlreiche Universitäten in Großbritannien, Irland, Südafrika und Chile haben sich dem akademischen Boykott Israels angeschlossen oder ihre Partnerschaften mit israelischen Institutionen suspendiert. In Europa haben sich etwa die Universität Gent, die Universität Bergen und mehrere Universitäten in Norwegen und Spanien öffentlich für die Beendigung von Partnerschaften mit israelischen Universitäten ausgesprochen ([BDS, 2024](#)). Zumeist mit Verweis auf deren Mitwirkung an Kriegsverbrechen, illegaler Besatzung und systematischer Menschenrechtsverletzung. Diese Entscheidungen basieren auf der Auslegung internationalen Rechts - insbesondere der Vierten Genfer Konvention, der Haager

Landkriegsordnung sowie den Prinzipien des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH), die die Komplizenschaft mit völkerrechtswidrigen Praktiken klar als mitverantwortlich klassifizieren ([IStGH-Statut, Art. 25 und 28, 1998](#)). Auch in Deutschland ist die rechtliche Grundlage für einen akademischen Boykott vorhanden - ungeachtet politischer Versuche, BDS zu kriminalisieren. Der Deutsche Bundestag hat 2019 zwar eine Resolution gegen BDS verabschiedet, doch hat das Bundesverwaltungsgericht 2022 festgestellt, dass ein pauschales Verbot oder die staatliche Verweigerung von Räumen für BDS-Positionen verfassungswidrig ist, da es gegen die Meinungs- und Versammlungsfreiheit verstößt ([BVerwG, 2022](#)). Der akademische Raum unterliegt damit in besonderem Maße dem Schutz der freien Meinungsäußerung - auch und besonders dann, wenn diese die deutsche Staatsräson herausfordert.

1.2 Besondere Verantwortung der LUH im Scholasticide in Gaza

Seit Jahrzehnten wird die systematische Zerstörung des palästinensischen Bildungssystems dokumentiert. Prof. Karma Nabulsi, Professorin und Expertin für Kriegsrecht an der Oxford Universität, beschreibt diese Zerstörung als *Scholasticide*. Er kombiniert das lateinische Präfix *schola* (Schule) mit dem Suffix *-cide* (Tötung). Sie entwickelte das Konzept im Kontext des israelischen Angriffs auf Gaza, Palästina im Jahr 2009, bezog sich dabei aber auch auf ein wiederkehrendes Muster israelischer Angriffe auf palästinensische Wissenschaftler*innen, Studierende und Bildungseinrichtungen, das bis zur Nakba von 1948 zurückreicht und sich nach dem Krieg von 1967 gegen Palästina sowie der Invasion des Libanon 1982 ausgeweitet hat. Während des Völkermordes in Gaza in den Jahren 2023/2024 hat sich der Scholasticide in einem nie dagewesenen Ausmaß intensiviert und inzwischen von der systematischen Zerstörung zur völligen Auslöschung von Bildung entwickelt. Raphael Lemkin, der bahnbrechende polnisch-jüdische Rechtsgelehrte, der den Begriff „Genozid“ prägte und maßgeblich dazu beitrug, ihn im Völkerrecht zu verankern, verstand Genozid als einen Versuch, „die grundlegende Basis der sozialen Ordnung zu untergraben“. Ein zentrales Mittel dieses Vorhabens war laut Lemkin der Angriff auf die Kulturen nationaler, ethnischer oder religiöser Gemeinschaften. Auf dieser Grundlage lässt sich der Begriff des Scholasticide überzeugend als integraler Bestandteil eines genozidalen Prozesses begreifen, insofern die gezielte Zerstörung von Bildung und kultureller Infrastruktur einen Angriff auf das kollektive Fundament einer Gemeinschaft darstellt. Scholasticide umfasst jede der folgenden Handlungen, die auf eine systematische Zerstörung - ganz oder teilweise des Bildungslebens einer nationalen, ethnischen oder religiösen Gruppe abzielen:

- Tötung und Ermordung von Lehrenden, Schüler*Innen, Mitarbeitenden und Verwaltungsangestellten von Schulen und Universitäten.
- Zufügung körperlicher oder psychischer Schäden an Lehrenden, Schüler*Innen, Mitarbeitenden und Verwaltungsangestellten.

- Verhaftung, Inhaftierung und Einsperrung von Lehrenden, Schüler*Innen, Mitarbeitenden und Verwaltungsangestellten.
- Systematische Belästigung, Einschüchterung und Mobbing gegen Lehrende, Schüler*Innen, Mitarbeitende und Verwaltungsangestellte.
- Bombardierung und Zerstörung von Bildungseinrichtungen.
- Zerstörung und/oder Plünderung von Lehr- und Forschungsmaterialien einschließlich Bibliotheken, Archiven und Laboren sowie von Einrichtungen, die den Bildungsprozess unterstützen (z. B. Spielplätze, Sportplätze, Veranstaltungsorte, Kantinen und Wohnheime).
- Behinderung der Einfuhr wesentlicher Materialien zum Wiederaufbau beschädigter Schulen und Universitäten.
- Verhinderung der Errichtung neuer Bildungseinrichtungen.
- Belagerung von Schulen und Universitäten sowie ihre Nutzung als Kasernen, Logistikbasen, Einsatzzentralen, Waffen- und Munitionslager, Haft- und Verhörzentren.
- Schließung von Bildungseinrichtungen und/oder Störung ihres täglichen Betriebs.
- Eindringen in Bildungseinrichtungen.
- Einschränkung des Zugangs von Lehrenden, Studierenden und Mitarbeitenden zu Bildungseinrichtungen.
- Verweigerung von Bildung für politische Gefangene, einschließlich inhaftierter Kinder.
- Behinderung des Internetzugangs, Unterbrechung der Stromversorgung und Verhinderung des freien Zugangs zu Bildungsmaterialien, darunter Bücher und Laborausstattung.
- Verhinderung der Einstellung von akademischem Personal und Verweigerung der Einreise zu Bildungseinrichtungen durch Visum-Verweigerungen und andere Restriktionen.
- Entzug der Aufenthaltsrechte von Studierenden oder Akademiker*innen, die Bildungsangebote im Ausland wahrnehmen möchten.

All diese Handlungen werden derzeit mit verheerenden Auswirkungen in Gaza durchgeführt. Sie sind Teil eines genozidalen Bestrebens, die Reproduktion der sozialen Ordnung in diesem besetzten Gebiet zu verhindern - als Teil eines umfassenderen Versuchs, es unbewohnbar zu machen und so den Weg für eine vollständige ethnische Säuberung zu ebnen. Viele dieser Handlungen wurden bereits seit Langem gegen Bildungseinrichtungen und -gemeinschaften im besetzten Westjordanland und in Ostjerusalem praktiziert, und einige werden auch von palästinensischen Bürger*innen des israelischen Staates erlebt ([Scholarsagainstwar, 2024](#)); ([CCAS, 2024](#)).

1.3 Aussetzung aller Kooperationen mit Russland: Präzedenzfall

Nach dem Beginn des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine veröffentlichte die Leibniz Universität Hannover ein klares Statement:

„Die Hochschulleitung der LUH ist zutiefst entsetzt über den Krieg in der Ukraine [...]. Sie teilt die Einschätzung der Bundesregierung, dass der russische Angriff auf die Ukraine ein eklatanter Bruch des Völkerrechts und durch nichts zu rechtfertigen ist [...]. Wir sind besorgt um unsere Partnerinnen und Partner in der Wissenschaft und um die Menschen vor Ort.“ ([LUH Presse, 2022a](#)).

Die LUH verurteilte den Angriff nicht nur politisch, sondern explizit völkerrechtlich. In der Folge wurde am 2. März 2022 die Aussetzung sämtlicher institutioneller Kooperationen mit Russland beschlossen. Dies beinhaltete, Zitat:

„Sämtliche Aktivitäten mit Russland, die institutionellen und strategischen Verbindungen mit russischen Einrichtungen, werden bis auf Weiteres eingestellt. Dies betrifft Forschung und Lehre. Alle gemeinsamen, sichtbaren Aktivitäten wie Workshops, Tagungen oder ähnliche Treffen - auch virtueller Art - werden abgesagt. Neue gemeinsame Projekte werden nicht begonnen.“

„Konkret betroffen ist die strategische Partnerschaft mit der Peter the Great St. Petersburg Polytechnic University, die im Studierendenaustausch das Double Degree Programm "International Mechatronics" (Maschinenbau) und das Triple Degree Programm "Energy Technology" (E-Technik und Informatik) zusammen mit Lappeenranta (Finnland) beinhaltet.“ ([LUH Presse 2022b](#)).

Der Vorgang wurde mit der Verantwortung der Wissenschaft gegenüber der „europäischen Friedensordnung“ ([LUH Presse, 2022b](#)) begründet. Es gehe darum, ein „starkes Signal“ (vgl. ebd.) gegen völkerrechtswidriges Verhalten zu setzen. Seit Oktober 2023 jedoch schweigt die LUH zu den massiven und dokumentierten Kriegsverbrechen der israelischen Regierung im Gazastreifen und im Westjordanland. Während der Angriff Russlands als Bruch des Völkerrechts bewertet und Konsequenzen gezogen wurden, reagierte die Universität auf die systematische Zerstörung ziviler Infrastruktur, auf Hungerblockaden, Massenvertreibungen und tausende getötete Zivilist*innen durch die israelische Armee mit einem einzigen öffentlichen Statement:

„Mit dem Terrorangriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober [...] und der militärischen Reaktion Israels [...] hat der seit langem schwelende Konflikt in Nahost eine neue und erschütternde Dimension erreicht.“ ([LUH Presse, 2024](#)).

Dies ist nicht genug. Während die LUH nach dem Angriffskrieg Russlands sofortige Maßnahmen ergriff und sämtliche Kooperationen beendete, hat sie keine ähnliche Initiative unternommen, um die engen Kooperationen mit israelischen Universitäten zu überprüfen oder gar auszusetzen. Dies geschieht trotz der Tatsache, dass Israel über Jahre hinweg gravierende Menschenrechtsverletzungen und Verletzungen gegen das Völkerrecht begangen hat, die als Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit eingestuft wurden. Stattdessen werden die breit dokumentierten Verbrechen gegen die in Palästina lebende Zivilbevölkerung verharmlost, indem die Administration diese Verbrechen als "Konflikt" bagatellisiert. Diese vage Ausdrucksweise öffnet Türen für die Relativierung von einem besorgniserregenden Teil bereits begangener und zukünftiger Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Diese Rhetorik steht in einem starken Kontrast zu der oben stehenden Verurteilung der LUH vom völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine. Es zeichnet sich ein Bild ab, in dem die Administration sich unkritisch in die deutsche "Staatsräson" einreihet. Mit Blick auf die Geschichte Deutschlands und den apokalyptischen Zustand, dem die Zivilbevölkerung in Gaza durch das israelische Militär ausgesetzt wird, lässt sich dieses Ausbleiben der kritischen Prüfung der Staatsräson nur auf das Schärfste verurteilen. Es scheint daher, als ob die Entscheidungen der LUH nicht völkerrechtlich, sondern geopolitisch motiviert seien. Es besteht auf diesem Weg die Gefahr, dass die Universität in ihrer Integrität und Verantwortung als lehrende und forschende Institution an Glaubwürdigkeit verliert. Als öffentlich finanzierte Hochschule unterliegt die LUH dem Grundsatz staatlicher Neutralität und dem verfassungsrechtlichen Auftrag, Völkerrecht und Menschenrechte zu achten (Art. 1, 20, 25 GG). Hochschulen haben die Pflicht, friedensfördernd zu handeln und dürfen Kooperationen nicht selektiv nach politischer Opportunität behandeln. Die völkerrechtliche Bindung deutscher Institutionen ergibt sich u. A. aus Artikel 25 GG (Vorrang des Völkerrechts), dem Hochschulrahmengesetz (Wissenschaftsfreiheit im Rahmen der freiheitlich-demokratischen Grundordnung) und dem Landeshochschulgesetz Niedersachsen, §3: Förderung von „Verantwortung gegenüber Mensch und Umwelt, insbesondere durch nachhaltige Entwicklung“. Wenn die LUH sich - wie sie es selbst in ihrem Leitbild formuliert - als „weltoffene Universität“ versteht, die „zur nachhaltigen, friedlichen und verantwortungsbewussten Lösung zentraler Zukunftsaufgaben beitragen will“ ([LUH Presse, 2022a](#)), dann muss sie ihren eigenen Maßstab auch auf israelische Kooperationen anwenden und diese aussetzen, solange Israel gegen das Völkerrecht verstößt. Alles andere ist eine Komplizenschaft durch Schweigen.

2. Kooperationsuniversitäten zwischen der LUH und dem Apartheidstaat Israel

Die Zusammenarbeit zwischen Hochschulen ist ein grundlegendes Element der internationalen wissenschaftlichen Gemeinschaft und steht häufig im Spannungsfeld zwischen akademischen Idealen und politischen Realitäten. Im folgenden Kapitel wird die Kooperation der Leibniz Universität Hannover mit drei israelischen Universitäten - der Technion (Technische Universität in Haifa), der Universität Haifa und der Hebräischen Universität - kritisch beleuchtet. Insbesondere die sogenannte "Fokuspartnerschaft" mit der Technion, welche sich u.A. auf sensible Hightech Bereiche wie Künstliche Intelligenz und Robotik bezieht und die Zusammenarbeit mit der Hebrew Universität, die seit ihrer Gründung mit völkerrechtlicher Kritik konfrontiert ist, werfen Fragen hinsichtlich der ethischen Haltbarkeit dieser Kooperationen auf. Vor dem Hintergrund zunehmender Forderungen aus der Studierendenschaft nach einer Zivilklausel und der Einrichtung einer unabhängigen Untersuchungskommission, die die möglichen Auswirkungen dieser Kooperationen anhand völkerrechtlicher Standards analysieren sollte, verweigerte das Präsidium der LUH sowohl die Umsetzung einer solchen Klausel, als auch den Antrag auf eine unabhängige Überprüfung. Diese Entscheidung wurde ohne substantielle Begründung getroffen, was die Besorgnis um Transparenz und die moralische sowie wissenschaftliche Integrität der institutionellen Entscheidungen verstärkt. Die kritischen Stimmen innerhalb der Universität begründen ihre Bedenken nicht nur mit ethischen Erwägungen, sondern auch mit der Rolle der Kooperationspartner im israelischen Militärkomplex. In einem Gespräch mit dem Präsidium, welches durch einige Studierende und Mitglieder von SfP Hannover initiiert, und in welchem die Haltung der LUH bezüglich der Situation und Lage im Gazastreifen angesprochen und kritisiert wurde, erhielt das Präsidium die Forderungen von SfP - mitunter auch die Forderung, eine Auflistung der angeblich intern völkerrechtlich überprüften Forschungsk Kooperationen mit israelischen Universitäten zur Verfügung zu stellen. Diese Zusage wurde nicht erfüllt und stattdessen wurde - auf erneute Nachfrage - auf die Website zu den Kooperationen verwiesen. Dies lässt daran zweifeln, ob das Präsidium der LUH an einer transparenten Aufarbeitung, an möglichen Verletzungen des Völkerrechts und Unterstützung von Apartheid, Siedlerkolonialismus und Völkermord, durch Zusammenarbeit mit israelischen Universitäten, interessiert ist. Die folgenden Abschnitte werden die jeweiligen Kooperationsuniversitäten sowie die spezifischen Kooperations-Inhalte näher beleuchten und die damit verbundenen Herausforderungen und Fragestellungen herausarbeiten.

2.1 Technion

Die Technion - Israel Institute of Technology in Haifa ist eine der renommiertesten Universitäten in Israel und spielt eine zentrale Rolle im militärisch-industriellen Komplex. Ihre strategischen Partnerschaften, insbesondere im Bereich der Verteidigungstechnologie, haben erhebliche Auswirkungen auf die ethische und

gesellschaftliche Verantwortung von akademischen Institutionen. In diesem Kapitel wird die Verbindung zwischen der Leibniz Universität Hannover und der Technion Universität beleuchtet, wobei ein besonderes Augenmerk auf deren Kooperationen im Kontext der Militärforschung und der Entwicklung hochentwickelter Technologien gelegt wird. Zudem werden die Implikationen dieser Zusammenarbeit für die Hochschule und ihre Forschungsgemeinschaft erörtert.

Die Technion Universität hat sich im Laufe der Jahre als Brutstätte für Technologien etabliert, die direkt in militärischen Konflikten eingesetzt werden. Insbesondere die Forschungspartnerschaften mit Unternehmen wie Elbit Systems Ltd. und Rafael Advanced Defence Systems Ltd. verdeutlichen diese Rolle. Zwischen 2008 und 2013 unterhielt die Technion eine enge Zusammenarbeit mit Elbit Systems, einem führenden Anbieter von elektronischen Erkennungssystemen für den israelischen Militär- und Sicherheitssektor ([Academics for Palestine, 2025](#)). Elbit produzierte und lieferte unter anderem Drohnen und andere Technologien, die im Kampf im Westjordanland und Gaza eingesetzt wurden. Diese Partnerschaft umfasste eine finanzielle Unterstützung in Höhe von einer halben Million Dollar an Forschungsstipendien, die für die Entwicklung von Elektrooptik-Technologien verwendet wurden ([Innovation Technion, 2025](#)).

Rafael wiederum, ein bedeutender Hersteller von Waffensystemen, hat kontinuierlich mit der Technion kooperiert. Die enge Beziehung zwischen Rafael und der Technion hat zur Entwicklung von fortschrittlichen militärischen Technologien geführt, darunter das Einsatzsystem „Spike“, das wiederholt im Gazastreifen eingesetzt wurde. Berichten zufolge haben die von Rafael entwickelten Systeme, einschließlich der „Spark“-Drohne, als entscheidende Unterstützung für israelische Kampftruppen gedient. Diese Forschungsk Kooperationen werfen ernsthafte, ethische Fragen auf, insbesondere hinsichtlich der Anwendung dieser Technologien in Konfliktszenarien ([Medium, 2024](#)). Der Präsident der Technion, Prof. Uri Sivan betont die Rolle der Hochschule als aktiver Unterstützer des israelischen Militärs. Er erklärt, dass „Studenten, Verwaltungspersonal und akademische Mitarbeiter zusammenkommen, um israelischen Soldaten zu helfen“ ([Technion, 2023](#)). Dies zeigt deutlich, wie stark die technologische Entwicklung an der Technion mit militärischen Zielen verknüpft ist. Hinzu kommt das Sponsoring des Psagot-Programms für „Akademische Reserve“, das zusätzliche Ressourcen und Personal für militärische Zwecke bereitstellt ([Psagot Alumni, 2024](#)). Der militärisch-industrielle Komplex in Israel nutzt die Forschung der Technion, um neue Technologien zu entwickeln. Besonders hervorzuheben sind die Entwicklungen im Bereich der Sensorik und Überwachung, die durch enge Kooperationen mit Unternehmen wie Verint, Check Point und NICE Systems gefördert werden. Diese Firmen sind führend in der Bereitstellung von Technologien, die für die Überwachung und Kontrolle verwendet werden, und sind in erheblichem Maße von der Technologie der Einheit 8200 beeinflusst, die an der Überwachung der Kommunikation von Palästinenser*innen beteiligt ist ([NYACT, 2014](#)). Ein besonders kritisches Beispiel ist die Entwicklung des ferngesteuerten

Caterpillar D-9 Bulldozers, dessen Steuerungstechnologien an der Technion erforscht wurden. Dieser Bulldozer wurde unter anderem für die Zerstörung palästinensischer Häuser und landwirtschaftlicher Flächen eingesetzt. Während der Operation "Gegossenes Blei" (2008-2009) zeigte der D-9 Bulldozer eine bemerkenswerte Effektivität, was zu einer Verdopplung der Bestellungen durch das israelische Militär führte. Berichte der Vereinten Nationen dokumentierten schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen, die während dieser Einsätze begangen wurden ([Jerusalem Post, 2009](#)). Darüber hinaus entwickelte das Technion autonom gesteuerte Drohnensysteme, die sowohl für Aufklärungsmissionen als auch für direkte militärische Angriffe konzipiert sind. Die Stealth-Drohne, die bis zu 3.970 Kilometer weit fliegen kann, sowie die Dragonfly-Drohne illustrieren die militärische Ausrichtung der technologischen Entwicklungen an der Technion. Diese Systeme bieten dem israelischen Militär erhebliche strategische Vorteile und verstärken zugleich die ethischen Bedenken bezüglich der Verwendung von Technologien zur Kriegsführung ([ATS, 2010](#)).

Die Zusammenarbeit zwischen der LUH und der Technion muss vor dem Hintergrund der gesellschaftlichen und völkerrechtlichen Verantwortung von Universitäten betrachtet werden. Hochschulen haben nicht nur die Pflicht, Wissen zu schaffen, sondern auch sicherzustellen, dass dieses Wissen im Einklang mit den allgemeinen Menschenrechten steht. Durch die Kooperation mit einer Universität wie der Technion, die aktiv in der Erforschung von Kriegswaffen beteiligt ist, mit welchen Kriegsverbrechen verübt werden, besteht die Gefahr, dass die LUH, auch ungewollt, zu der Gewalt und Unterdrückung des palästinensischen Volkes durch Israel beiträgt.

2.2 Hebrew University

Die Geschichte der Hebrew University of Jerusalem (HUJ) begann 1918, als die Universität mit dem Ziel gegründet wurde, eine kollektive jüdisch-zionistische Identität zu fördern ([Jacobin, 2024](#)). Ihre Lage auf dem Gipfel des Mount Scopus war strategisch gewählt, um politische und symbolische Ansprüche auf Jerusalem zu untermauern. Nach der Gründung Israels im Jahr 1948 wurde das Gelände zur „entmilitarisierten Zone“ erklärt, deren Status bis heute umstritten ist ([UN, 1953](#)). In der Folge der Intervention des Internationalen Gerichtshofs (IGH) von 2024 wird deutlich, dass Mitgliedstaaten dazu verpflichtet sind, keine Änderungen des physischen Charakters oder der demografischen Zusammensetzung des besetzten Gebietes, einschließlich Ostjerusalem, anzuerkennen, es sei denn, es bestehen formale Vereinbarungen zwischen den Konfliktparteien ([ICJ, 2024c](#)). Die völkerrechtliche Relevanz der HUJ wird durch zwei zentrale Resolutionen der Vereinten Nationen untermauert. Resolution 478 (1980) erklärt Israels "Jerusalem-Gesetz", das Jerusalem zur „vollständigen und vereinten Hauptstadt Israels“ erklärte, für nichtig und fordert die Mitgliedstaaten auf, ihre diplomatischen Vertretungen aus der Stadt abzuziehen. Diese Resolution hat weitreichende

Auswirkungen auf die internationale Anerkennung Jerusalems und steht im Widerspruch zu den Bestrebungen Israels, die Stadt als unbestrittene Hauptstadt zu etablieren ([UNSCR, 1980](#)). Darüber hinaus unterstreicht Resolution 2334 (2016) die völkerrechtswidrige Natur der israelischen Siedlungs-Aktivitäten in Ostjerusalem. Diese Resolution fordert einen sofortigen Stopp aller Siedlungsprojekte und macht deutlich, dass diese keine Rechtsgültigkeit haben. Die HUJ ist Teil dieser Konfliktdynamik, da sie durch ihre Expansion und die Nutzung des umliegenden Landes zur Schaffung von Wohnraum für Studierende und Mitarbeiter zur Unterstützung der Siedlungsinfrastruktur beiträgt ([UN, 2016](#)).

Die HUJ hat sich im Verlauf ihrer Geschichte aktiv an der politischen und sozialen Konstruktion des modernen Jerusalem beteiligt. Die Expansion der Universität in die angrenzenden palästinensischen Viertel ist ein Beispiel für die Realität der Besatzung. Laut dem Bericht der Universität München stimuliert die Präsenz der HUJ in Ostjerusalem Siedler*Innen-Aktivitäten und verstärkt somit die ethnischen Spannungen in der Region. Diese Aktivitäten sind besonders ausgeprägt in den Vierteln French Hill, Ramat Eshkol und Sheikh Jarrah ([Academics for Justice, 2025](#)). Die zuvor genannten Entwicklungen sind nicht nur rechtlich fragwürdig, sondern werfen ebenso ethische Bedenken auf. Die HUJ profitiert von der bestehenden Infrastruktur, die teils auf palästinensischem Privatland errichtet wurde. In diesem Kontext ist die Frage der sozialen Verantwortung von Bildungseinrichtungen relevant. Es gibt Stimmen, die einen akademischen Boykott der HUJ in Erwägung ziehen, insbesondere aufgrund der Zusammenarbeit mit dem Shin Bet, dem israelischen Inlandsgeheimdienst. In einem Artikel in Haaretz äußerte eine Studentin erhebliche Bedenken über die moralische Integrität der Universität aufgrund dieser Kooperation ([Haaretz, 2018](#)). Solche Überlegungen reflektieren die Komplexität der ethischen Dilemmata, mit denen akademische Einrichtungen in Konfliktgebieten konfrontiert sind. Die HUJ hat nicht nur als Bildungsinstitution fungiert, sondern spielt auch eine signifikante Rolle in der Geschichte der Vertreibung der Palästinenser*innen. Der Campus selbst wurde ursprünglich auf dem Gelände des palästinensischen Dorfes Sheikh Badr errichtet, dessen Bewohner während der Nakba 1948 vertrieben wurden ([Mondoweiss, 2024](#)). Zudem wird in Berichten dokumentiert, wie die HUJ während der Gründung Israels aktiv zur Vertreibung von Palästinenser*Innen beigetragen hat, indem Wissenschaftler*Innen der HUJ an der Erforschung von Bakterien als biologischen Waffen, um Wasserquellen zu vergiften, beteiligt waren ([Middle East Monitor, 2022](#)). Solche historischen Analysen sind unverzichtbar, um die gegenwärtigen Machtverhältnisse und gesellschaftlichen Spannungen zu verstehen. Die politische Dimension der HUJ reicht bis in die Gegenwart: Die Universität erweitert weiterhin ihre Einrichtungen in Ostjerusalem, was zur fortlaufenden Enteignung von palästinensischem Land führt. Heute ist das Viertel Al-Issawiyeh, das direkt unter dem Campus liegt, einem erheblichen Druck von Seiten der israelischen Behörden ausgesetzt. Die HUJ ist somit nicht nur ein Raum für akademisches Lernen, sondern auch ein Ort, an dem die Realitäten der Besatzung und der ethnischen Segregation sichtbar werden ([ICJ, 2024c](#)). Ein weiterer

kritischer Aspekt, der in den Diskussionen über die HUU hervorgehoben wird, ist eben diese ethnische Segregation. In den letzten Jahren haben einige studentische Führungspersonen innerhalb der HUU rassistische Narrative propagiert, die eine weitere Trennung zwischen jüdischen und palästinensischen Studierenden fordern. Dies geschieht oft unter dem Vorwand der Sicherheit, was die bestehenden Spannungen zwischen den Gemeinschaften weiter verschärft. Es ist offensichtlich, dass die Präsenz der HUU in Ostjerusalem nicht nur akademische, sondern auch gesellschaftliche Auswirkungen hat, die in einer breiteren Analyse des Konflikts berücksichtigt werden müssen.

Die HUU spielt außerdem eine zentrale Rolle in der Ausbildung und Rekrutierung von Offizier*innen für den israelischen Geheimdienst und die Militärstrukturen des Landes. In diesem Zusammenhang sind insbesondere die Programme "Havatzalot, Talpiot und Tzameret" von Bedeutung, da sie hochqualifizierte Mitglieder der israelischen Verteidigungsstreitkräfte hervorbringen, die sowohl akademische als auch militärische Kompetenzen vereinen. Diese Programme stehen im Kontext einer umfassenden Strategie des israelischen Staates, um technologische und militärische Führungsfähigkeiten zu fördern, während sie gleichzeitig bedeutende gesellschaftliche und ethische Implikationen mit sich bringen. Das "Havatzalot"-Programm wurde vor über einem Jahrzehnt ins Leben gerufen und richtet sich an junge Studierende, die gleichzeitig als Kadett*innen militärisch ausgebildet werden. Es ermöglicht, einen Bachelor-Abschluss mit zwei Hauptfächern zu erwerben, wobei Nahoststudien mit Disziplinen wie Mathematik, Informatik oder Wirtschaft kombiniert werden. Ziel ist es, ein qualifiziertes Personal zu entwickeln, das als Rückgrat des israelischen Geheimdienstes fungiert ([Haaretz, 2019](#)); ([Jerusalem Post, 2016](#)). Die enge Anbindung an die Universität wird durch die Einrichtung eines geschlossenen Militärstützpunktes auf dem Campus verdeutlicht, wo Soldat*innen ihre gesamte Ausbildung verbringen. Innerhalb dieses geschützten Bereiches finden nicht nur militärische Schulungen statt, sondern auch zahlreiche Forschungsprojekte, die den Soldat*innen einen tieferen Einblick in die Praktiken des israelischen Geheimdienstes bieten. Weiterhin beinhaltet es das „Intelligence Summer“-Programm, welches den Studierenden die Möglichkeit bietet, praktische Erfahrungen in verschiedenen Bereichen des Militärgeheimdienstes zu sammeln ([Havatzalot, 2020](#)). Dieses Programm macht deutlich, wie stark militärische und akademische Strukturen miteinander verflochten sind und wirft Fragen hinsichtlich der Unabhängigkeit akademischer Institutionen in einem militarisierten Kontext auf. Im Rahmen des "Talpiot"-Programms wird erkannt, dass technologische Innovationen eine wesentliche Rolle in der modernen Kriegsführung spielen. Dieses renommierte Programm selektiert außergewöhnlich talentierte Personen, die in Mathematik und Physik herausragende Leistungen zeigen, um ihre Fähigkeiten gezielt zur Entwicklung militärischer Technologien einzusetzen. Absolvent*innen dieses Programms haben oftmals nicht nur Karriere im Militär gemacht, sondern auch in der zivilen Wirtschaft als Unternehmer*innen und Innovator*innen Erfolg gehabt. Die Verbindung zwischen Wissenschaft und Militär wird hier besonders

deutlich, da viele technologische Fortschritte direkt aus den Bildungsprogrammen der israelischen Armee hervorgehen ([Israel academia monitor, 2024](#)). Ein weiterer bedeutender Aspekt ist das "Tzameret"-Programm, welches Studierenden ermöglicht, einen medizinischen Abschluss zu erwerben, während sie gleichzeitig in der israelischen Armee dienen. Die Initiative zielt darauf ab, die Anzahl der Militärärzt*innen zu erhöhen, um den hohen medizinischen Bedarf im Feld zu decken ([Mazzeo, 2020](#)). Die finanziellen Anreize, unter anderem Stipendien und akademische Privilegien, die die HUU Soldat*Innen bietet, die an militärischen Auseinandersetzungen teilgenommen haben, unterstreichen die enge Verknüpfung von Militärdienst und akademischer Ausbildung und werfen Fragen bezüglich der Ethik und der möglichen politischen Einflussnahme auf die Universität auf. Die enge Verzahnung zwischen diesen Programmen und den Strukturen des israelischen Militärs hat weitreichende ethisch-fragwürdige Implikationen. Die tägliche Arbeit des Geheimdienstes, die durch Programme wie das Havatzalot-Programm ausgebildet wird, steht oft in direktem Widerspruch zu grundlegenden Menschenrechten gemäß internationalem Recht. Die Berichterstattung über die sicherheits- und geheimdienstlichen Aktivitäten, die von den Absolvierenden dieser Programme durchgeführt werden, wirft Fragen nach der moralischen Verantwortung der Bildungseinrichtungen auf und beleuchtet die möglicherweise negativen Auswirkungen auf die Zivilbevölkerung, insbesondere auf die palästinensische Gemeinschaft. Die Kooperation zwischen der HUU und dem Shin Bet, dem israelischen Inlandsgeheimdienst, unterstreicht zusätzlich die problematische Beziehung zwischen militärischen Interessen und akademischer Freiheit.

Die Hebrew University ist eine der bekanntesten akademischen Institutionen in Israel und wird häufig mit ihrem Engagement für akademische Exzellenz, Forschung und Vielfalt assoziiert. In ihren eigenen Erklärungen betont die HUU ihre Ziele, eine inklusive und vielfältige Umgebung zu schaffen, in der sich alle Studierenden willkommen und geschützt fühlen. Diese nationale Hochschule positioniert sich als ein Ort, an dem verschiedene Perspektiven und Lebenserfahrungen gefördert werden und eine heterogene Gemeinschaft entsteht ([Hebrew University, 2025](#)). Doch trotz dieser Selbstwahrnehmung stehen ihrer erklärten Mission konkrete Herausforderungen gegenüber, insbesondere hinsichtlich der Behandlung palästinensischer Studierender und Mitarbeitenden sowie der Rolle der Universität im militärischen Kontext. Die HUU hat eine direkte Unterstützung des israelischen Militärs, insbesondere der Israelischen Verteidigungsstreitkräfte (IDF) geleistet. Dies wird durch die Bereitstellung von logistischer Ausrüstung für mehrere Militäreinheiten belegt. Darüber hinaus hat die Universität auch indirekte Unterstützung angeboten, indem sie umfangreiche Stipendien für in Gaza eingesetztes Militärpersonal bereitstellte. Diese Formen der Unterstützung werfen grundlegende Fragen zur Rolle einer Bildungseinrichtung auf, die sich selbst als förderlich für Vielfalt und Inklusion darstellt. Es ist ein herausforderndes Spannungsfeld zwischen akademischer Neutralität und der praktischen Unterstützung eines Militärs, das immer wieder in den internationalen Medien für seine Menschenrechtsverletzungen kritisiert wird.

Trotz des Bekenntnisses zur Förderung von Vielfalt und Inklusion zeigt sich in der Praxis ein besorgniserregendes Bild für Minderheiten an der Universität, insbesondere für Palästinenser*innen mit israelischer Staatsbürgerschaft. Berichte über Diskriminierung und Gewalt auf dem Campus durch Kommiliton*Innen, Sicherheitsdienste und die Polizei sind alarmierend. Im April 2024 wurde die renommierte palästinensische Professorin der Hebrew University of Jerusalem, Nadera Shalhoub-Kevorkian, in ihrer Wohnung in Ost-Jerusalem verhaftet unter dem Vorwurf der „schweren Anstiftung gegen den Staat Israel“. Während ihrer Inhaftierung wurde sie stundenlang gefesselt, psychisch massiv eingeschüchtert, in einer verdreckten Zelle bei Kälte festgehalten, ihrer Medikamente beraubt - Bedingungen, die laut Expert*innen typische Methoden der sensorischen Deprivation darstellen und auf eine gezielte Demoralisierung abzielten. Die Hebrew University selbst hatte sich zuvor aktiv an der Repressionskampagne beteiligt: Sie setzte sie unter Druck, ihren Lehrstuhl zu räumen, veröffentlichte intern gezeichnete Briefe öffentlich und suspendierte sie zwischenzeitlich vom Lehren - alles im Kontext massiver Drohungen von extremistischen Gruppen und auf Basis ihrer kritischen Forschung zu Gewalt und Besatzung. Obwohl ein Gericht ihre vorübergehende Freilassung beschied und feststellte, dass die Anklage nicht ausreichend belegt war, darf sie weiterhin in der Polizeivernehmung vorgeführt werden. Dieser Vorgang enthüllt eine institutionelle Kollusion: Die HUI agierte nicht wie eine schützende akademische Bastion, sondern unterstützte aktiv staatlich legitimierte Repression ([Mondoweiss, 2024b](#)).

Die repressiven Maßnahmen gegenüber der palästinensischen Minderheit auf der Hebrew University manifestierten sich auch bei einem friedlichen Protest im Jahr 2014 gegen einen Gesetzesentwurf, der die Wehrpflicht für christliche Palästinenser*innen erweitern sollte. Die Universitätsleitung betrachtete diese Versammlung als „rechtswidrig“ und ließ die Grenzpolizei eingreifen, was zu Verletzungen und Festnahmen von Studierenden führte. Der Dekan der Studierenden bezeichnete diese Demonstrationen als schädlich für das „empfindliche Gefüge des Lebens an der Universität“, was auf eine ablehnende Haltung gegenüber politischem Engagement auf dem Campus hinweist ([+972, 2014](#)). Solche Ereignisse sind nicht nur symptomatisch für die institutionelle Haltung gegenüber Kritik, sondern stellen auch eine grundlegende Bedrohung für die Möglichkeiten dar, die palästinensische Studierende zur politischen Mitgestaltung haben. Diese Vorkommnisse verdeutlichen, dass trotz der Rhetorik von Inklusion und Vielfalt ein tiefgreifendes Ungleichgewicht in der Realität existiert, das palästinensische Studierende in ihrer akademischen und persönlichen Entfaltung erheblich einschränkt.

2.3 University of Haifa

Die Universität Haifa wurde im Jahr 2018 als Ausbildungsstätte für Offiziere des israelischen Militärs etabliert und offeriert seitdem einen Masterstudiengang in nationaler Sicherheit, der sich speziell an Angehörige des israelischen Militärs sowie der Geheimdienste, darunter der "Mossad" und "Shin Bet", richtet. Im Rahmen ihrer Bildungsangebote stellt die Universität außerdem einen „Ambassadors online“-Kurs zur Verfügung. Dieser Kurs verfolgt das Ziel, den Teilnehmenden in Kooperation mit dem israelischen Außenministerium eine Ausbildung in „Hasbara“ zu ermöglichen, um dadurch die Verbreitung von israelischer Staats-Propaganda zu unterstützen. Auf ihrer Internetpräsenz bekundet die Universität zudem ihre Solidarität mit den Offizier*innen, Soldat*innen und dem gesamten Staat Israel im Kontext der aktuellen Konflikte, die von sehr vielen Expert*innen als Genozid bezeichnet werden und dies durch den Internationalen Gerichtshof als plausibel bezeichnet wurde und geprüft wird.

Die Universität Haifa ist auch der Standort von drei militärischen Akademien, die zusammen den "Israeli Military Academic Complex" bilden. Dieser Komplex fungiert als Fundament für die Elite-Ausbildungsprogramme der Israelischen Verteidigungsstreitkräfte ([IDF, 2025](#)). Die Durchführung von Kursen auf der militärischen Basis Gilot gehört ebenfalls zu ihrem Angebot. Im Kontext der gegenwärtigen militärischen Operationen hat die Universität Haifa auch Soldat*innen, die an den Einsätzen im Gazastreifen beteiligt sind, mit entsprechender Ausrüstung unterstützt. Darüber hinaus wurde ein Notfallfonds eingerichtet, der Stipendien für studierende Soldat*innen bereitstellt ([University of Haifa Magazine, 2018](#)).

Daher spielt die Universität Haifa eine zentrale Rolle sowohl in der akademischen als auch in der praktischen Ausbildung von Mitgliedern des Militärs und der Sicherheitsdienste Israels. Durch die Kombination von akademischem Wissen und militärischer Praxis trägt sie dazu bei, die Kompetenzen von Offizier*innen und anderen relevanten Akteur*innen innerhalb des Sicherheitssektors zu erweitern. Dies umfasst nicht nur die Vermittlung von theoretischem Wissen, sondern auch praktische Anwendungen, die für die Herausforderungen, mit denen das israelische Militär konfrontiert ist, von großer Bedeutung sind. Insgesamt zeigt sich, dass die Universität Haifa nicht nur eine Bildungseinrichtung darstellt, sondern auch eine strategische Institution im Kontext der Sicherung nationaler Interessen Israels.

3. Grundsätzliche Problematik israelischer Universitäten

Israelische Hochschulen haben sich konsequent als vitaler Teil der israelischen Besatzung gezeigt. Universitäten fungieren nicht nur als Bildungsinstitutionen, sondern auch als Plattformen für die Reproduktion von Machtstrukturen. Die archäologische Forschung wird oft als Werkzeug für Vertreibung und Siedlungsbau

instrumentalisiert, wobei Hochschulen besonders aktiv in diese Umdeutungen involviert sind (Wind, 2024: 32 ff). Die so oft beschworene Neutralität der Wissenschaft wird in Frage gestellt, wenn Lehrinhalte und Forschungsergebnisse dazu genutzt werden, den kolonialen Diskurs zu legitimieren und die palästinensische Bevölkerung zu überwachen. Die Ernennung von Sharvit Baruch, Vorsitzende des "Corps' Department of International Law", zur Dozentin an der juristischen Fakultät der Tel Aviv University (TAU) nach der Offensive auf den Gazastreifen 2008/9 ist symptomatisch für die Verbindung zwischen akademischer Legitimation und militärischer Gewalt. Diese Entscheidung war nicht isoliert. Premierminister Ehud Olmert drohte öffentlich mit Mittelkürzungen an Universitäten, die aufgrund der militärischen Vergangenheit ihrer Dozierenden keine Anstellung gewährten, was auf einen Druck hinweist, der die akademische Freiheit erheblich einschränkt (Wind, 2024: 30). Neuinterpretationen des internationalen Rechts an juristischen Fakultäten rechtfertigen nicht nur Menschenrechtsverletzungen, sondern auch Kriegsverbrechen, indem sie akademische Normen mit einer politisch motivierten Praxis verbinden (Wind, 2024: 42 ff). Middle East Studies-Programme werden als koloniales Instrument zur Überwachung der palästinensischen Bevölkerung eingesetzt, was die Funktion der Wissenschaft in einem repressiven System weiter verdeutlicht (Wind, 2024: 51ff). Letztendlich wird deutlich, dass der akademische Sektor nicht nur passiver Beobachter, sondern aktiver Mitgestalter eines kolonialen Projektes ist.

Die Verflechtung von Militär und Hochschulsystem offenbart sich auch durch spezifische Programme wie "Havatzalot", die gezielt darauf abzielen, das Militär zu stärken und gleichzeitig die akademische Ausbildung auf militärische Bedürfnisse anzupassen (vgl. Wind, 2024: 59). Anhand dieser Beispiele wird ersichtlich, dass die direkten Akteure des Kolonialismus in hoher Stufe mit den Bildungseinrichtungen verwoben sind und somit ein System der Unterdrückung aufrechterhalten wird. Auch palästinensische Forschende werden an israelischen Universitäten enormen Repressionen ausgesetzt. Prof. Nadera Shalhoub-Kevorkian, eine palästinensische Wissenschaftlerin, die an der Hebräischen Universität in Jerusalem tätig ist, wurde nach der Veröffentlichung eines Interviews, in dem sie über Verbrechen der israelischen Besatzungskräfte sprach, einer massiven Hetzkampagne ausgesetzt. Die Reaktion der Universitätsverwaltung war ein Beispiel für institutionelle Vernachlässigung und das Ausbleiben jeglicher Unterstützung, was die inhärente Gefährdung kritischer Stimmen innerhalb der akademischen Gemeinschaft deutlich macht (Wind, 2024: 115 ff). Solche Vorfälle verdeutlichen die strukturelle Gewalt, die nicht nur physisch, sondern auch intellektuell ausgeübt wird, um kritische Perspektiven zu unterdrücken.

Seit den späten 1990er Jahren gibt es einen wachsenden Widerstand palästinensischer Wissenschaftler*innen an israelischen Universitäten, die sich aktiv mit den Themen der Besatzung und ihren Auswirkungen auseinandersetzen (Wind, 2024: 118). Diese Forschenden stehen jedoch vor zunehmenden Repressionen, da

ihre Arbeiten, die das koloniale Projekt infrage stellen, faktisch als verboten gelten. Das institutionelle Umfeld in Israel zeigt eine klare Tendenz zur Marginalisierung palästinensischer und auch kritischer jüdisch-israelischer Wissenschaftler*innen, die potenziell ein alternatives Narrativ zur israelischen Staatsideologie anbieten könnten (Wind, 2023: 119). Einer der auffälligsten Aspekte dieses repressiven Systems ist der sogenannte "Chilling Effect", also die Selbstzensur aufgrund von Druck von außen, die diejenigen betrifft, die sich mit der Nakba und verwandten Themen beschäftigen. Der Forschungsskandal um die Nakba, der 1978 durch die Deklassifizierung relevanter Dokumente ausgelöst wurde, führte nicht nur zur Entstehung neuer Erkenntnisse über die Gründung des Staates Israel, sondern auch zur systematischen Repression von Historiker*innen, die sich damit auseinandersetzten. Prominente Forscher wie Ilan Pappé haben in der Folge erheblichen Druck erfahren und forschen heute außerhalb des israelischen Hochschulsystems (Wind 2024: 119 ff). Der Fall Benny Morris illustriert diese Problematik eindrücklich. Nachdem er sich von seiner früheren Kritik distanziert hatte, erhielt er an der Ben-Gurion-Universität eine Professur und gilt somit als einer der wenigen verbliebenen aktiven Wissenschaftler in der israelischen Akademie, die sich auf das Thema Nakba konzentrieren (Wind, 2024: 120f).

Diese Dynamiken verdeutlichen die strategische Natur der Repression in der israelischen Akademie. Kritische Forschung wird nicht nur behindert, sondern auch systematisch delegitimiert. So wurden viele Studien über das Tantura-Massaker von Theodore Katz aus dem Jahr 1998 mit schweren Sanktionen belegt (Wind 2024: 121 ff). Die Aktivitäten von rechten Organisationen, wie der 2006 gegründeten "Irm Titzu", die eng mit der israelischen Regierung zusammenarbeiten, um die zionistische Ideologie zu fördern, führen dazu, dass ein Klima der Angst und Unterdrückung innerhalb der akademischen Gemeinschaft etabliert wird (Wind 2024: 125 ff). Die Kombination dieser verschiedenen Faktoren - militärische Dominanz, institutionelle Vernachlässigung und gezielte Repression - führt zu einer systematischen Erschwerung der akademischen Auseinandersetzung mit der Besatzung und dem kolonialen Erbe Israels. Es wird deutlich, dass das Ziel dieser Maßnahmen nicht nur die Kontrolle über das geographische Territorium ist, sondern ebenso die Kontrolle über das Wissen und die Narrative, die über die Geschichte und Gegenwart Palästinas erzählt werden.

3.1 Landraub

Die israelische Expansionspolitik und das damit verbundene "Judaisierung"-Programm, das seit den späten 1960er Jahren immer aggressiver verfolgt wird, ist ein zentraler Aspekt kolonialer Landraub-Strategien. Neue israelische Universitäten wurden eingerichtet, um als strategische Außenposten der territorialen Kontrolle zu agieren und die Trennung sowie die Einschließung der palästinensischen Bevölkerung voranzutreiben (Wind, 2024: 62). Die Gründung der University of Haifa und der Ben-Gurion University in der Wüste Naqab im Jahr 1972 sind exemplarisch für dieses Vorgehen, da sie auf ehemals besetztem Land errichtet

wurden und den Weg zur Errichtung permanenter jüdischer Siedlungen ebneten (Wind, 2024: 82 ff). Auch die Hebrew University hat ihren Campus auf das strategisch wertvolle Ost-Jerusalem ausgeweitet, während die Ariel Universität 2012 als neueste Bildungseinrichtung in der Westbank akkreditiert wurde (Wind, 2024: 86 ff).

Die Charta der Hebrew University bezieht sich explizit auf die Ziele der weiteren Kolonialisierung Palästinas, was das klare politische Mandat dieser Institution unterstreicht (Wind, 2024: 65). Die historische Entwicklung zeigt, dass alle Universitätspräsident*Innen, die in irgendeiner Weise die Unabhängigkeit vom Staat anstrebten, ersetzt wurden. Insbesondere Benjamin Mazar, der von Ben Gurion persönlich ernannt wurde, stellte sicher, dass die Universitätsleitungen den Interessen des israelischen Staates verpflichtet waren (Wind 2024: 67).

Die Zerstörung von Büchern und die gezielte Ausgrenzung kritischer Stimmen aus der akademischen Diskussion an den Universitäten sind weitere Facetten dieses kolonialen Systems (Wind 2024: 69f). An den Universitäten, die strategisch auf Land gegründet wurden, welches durch koloniale Praktiken anerkannt wurde, ist die Mobilisierung gegen diese Strategien von großer Bedeutung. Universitäten wie die University of Haifa, Ben-Gurion University und die Hebrew University repräsentieren nicht nur einen Bildungsraum, sondern auch ein Gefüge, das den Landraub und die Zerstörung traditionellen Lebensstils der Palästinenser*innen institutionalisiert.

Zusammengefasst ist die landwirtschaftliche Zerstörung in Palästina nicht nur ein Produkt militärischer Aggression, sondern auch das Ergebnis eines gut organisierten akademischen Unternehmens, das darauf abzielt, die koloniale Ideologie zu legitimieren und den Status quo zu bewahren.

Die Aneignung und Zerstörung von Land sind zentrale Elemente der kolonialen Praxis in Palästina. Dieser Prozess erstreckt sich über mehrere Jahrzehnte und manifestiert sich in unterschiedlichen Formen, von der Enteignung landwirtschaftlicher Flächen bis hin zu großflächigen Zwangsumsiedlungen der palästinensischen Bevölkerung. Die israelische Siedlungspolitik, die auf eine systematische Verdrängung der Palästinenser abzielt, ist hierbei von entscheidender Bedeutung.

Die Übernahme von Land durch das israelische Militär und staatliche Stellen geschieht oft unter dem Vorwand von Sicherheitsinteressen, wobei die tatsächlichen Motive häufig vielschichtiger sind. Ein illustratives Beispiel hierfür ist die Politik der "Absentee Property Law", die nach der Nakba erlassen wurde und es dem israelischen Staat ermöglicht, das Eigentum von Flüchtlingen zu konfiszieren und es neuen israelischen Siedlern zuzuteilen. Diese Gesetze wurden eingesetzt, um die geografische und demografische Struktur Palästinas nachhaltig zu verändern und eine jüdische Mehrheit zu sichern.

Gleichzeitig führt die Zerstörung von palästinensischem Land nicht nur zu materiellen Verlusten, sondern hat auch tiefgreifende soziale und kulturelle Auswirkungen auf die betroffene Bevölkerung. Die Vertreibung von Gemeinschaften und die Zerstörung von landwirtschaftlichen Flächen führen zur Entwurzelung von Kulturen und Traditionen, die über Generationen hinweg gewachsen sind.

Diese Form des "Landraubs" ist mehr als nur eine physische Aneignung. Sie stellt einen Angriff auf die Identität und das Gedächtnis der palästinensischen Bevölkerung dar.

Der Militarismus spielt dabei eine entscheidende Rolle: Überwachung, militärische Präsenz und aggressive Siedlungsaktivitäten gehen Hand in Hand und schaffen ein Umfeld der Angst und Unsicherheit. Checkpoints, Straßenbau und militärische Operationen beeinflussen nicht nur den Zugang zu landwirtschaftlichen Flächen, sondern auch die alltäglichen Lebensbedingungen der Palästinenser*Innen. Die Zerstörung von landwirtschaftlichen Betrieben, Häusern und Infrastrukturen ist eine Strategie, die darauf abzielt, die Lebensgrundlagen der palästinensischen Bevölkerung systematisch zu untergraben.

Die Zerstörung von Land ist daher untrennbar mit der kolonialen Agenda verbunden, die darauf abzielt, die Kontrolle über Ressourcen und Territorien zu sichern. Dieser ständige Prozess der Aneignung und Zerstörung ist nicht nur eine akute humanitäre Krise, sondern auch eine langfristige Strategie zur biologischen und kulturellen Auslöschung der palästinensischen Nation.

3.2 Cultural erasure

Kulturelle Auslöschung und Zerstörung sind zentrale Merkmale kolonialer Unternehmungen, die sich auch in akademischen Einrichtungen manifestieren. Die "Haganah" Miliz gründete 1946 das Science Corps HEMED, welches an bestehenden Universitäten wie dem Technion und der Hebrew University tätig wurde (Wind, 2024: 94). Diese Institutionen waren nicht nur Orte des wissenschaftlichen Austauschs, sondern auch Akteure in einem größeren militärischen Kontext, in dem biologische Waffen entwickelt wurden, um Wasserquellen der Palästinenser*Innen zu vergiften (Wind, 2024: 94).

Die Transformation von HEMED in RAFAEL im Jahr 1952 zeigt die Kontinuität dieser Praktiken innerhalb des israelischen Militärs (Wind, 2024: 95). Mit dem Institut für Nationale Sicherheitsstudien (INSS), das an der TAU ansässig ist, wird weiter sichtbar, wie akademische Strukturen zur Formulierung von politischen Empfehlungen für "Hasbara" genutzt werden (Wind, 2024: 98ff). Die University of Haifa trägt durch die Ausbildung inoffizieller Botschafter für diese Propaganda Strategien aktiv zur kulturellen Erosion bei (Wind, 2024: 100).

Das "Ambassadors Online"-Programm und die darauf basierenden Auszeichnungen für Minderheitenvertreter*Innen, die besonders wirkungsvoll israelische Propaganda vermitteln, verdeutlichen, wie akademische Strukturen zur Förderung eines einseitigen Narratives instrumentalisiert werden. (Wind 2024: 101). Eine besondere Besorgnis besteht in Bezug auf das "Atuda" - Programm, das darauf abzielt, hochqualifizierte Soldat*Innen aus den besten Schulabsolventen*Innen zu formen, um militärische Karrierewege zu fördern (Wind, 2024: 103).

Die Tatsache, dass Studierende in militärische Überwachungseinheiten wie Unit 8200 integriert werden und dort persönliche Informationen über Palästinenser*Innen sammeln, verstärkt die kulturelle und soziale Zerstörung innerhalb der betroffenen

Gemeinschaften (Wind, 2024: 105ff). Diese Praktiken, die das Vertrauen innerhalb der Gesellschaft schädigen und die kulturelle Identität unterminieren, sind integrale Bestandteile einer Strategie, die sowohl militärische als auch akademische Ressourcen mobilisiert.

Die Überwachung und Kontrolle, die durch solche Programme entsteht, führt zu einer systematischen Entwertung palästinensischer Identität und Kultur. Durch die enge Verzahnung von Militäreinheiten und Universitäten wird eine Architektur geschaffen, die nicht nur die kulturelle Zerstörung vorantreibt, sondern auch kollektive Gedächtnisse unterdrückt. Die Herausforderung, die sich daraus ergibt, ist die Rückgewinnung und Rekontextualisierung palästinensischer Narrative und die Etablierung eines akademischen Diskurses, der nicht nur die kolonialen Strukturen hinterfragt, sondern auch deren Auswirkungen auf die kulturelle Identität und Existenz der Palästinenser reflektiert.

Die kulturelle Auslöschung und Zerstörung spielt eine ebenso entscheidende Rolle im Rahmen der kolonialen Praxis in Palästina. Während physische Gewalt und Landraub offensichtliche Mittel der Unterdrückung sind, erfolgt die kulturelle Entwertung und Marginalisierung oft subtiler, hat jedoch tiefgreifende Auswirkungen auf das kollektive Gedächtnis und die Identität der palästinensischen Bevölkerung.

Der koloniale Diskurs, der durch die israelische Politik vorangetrieben wird, zielt darauf ab, das palästinensische Erbe zu delegitimieren und zu zerstören. Dies zeigt sich beispielsweise in der gezielten Zerstörung von kulturellen Stätten, der Vernichtung von archäologischen Funden und der systematischen Ignorierung palästinensischer Literatur und Kunst im internationalen Diskurs. Diese Maßnahmen sind nicht nur Ausdruck militärischer Gewalt, sondern auch Teil eines umfassenden Versuchs, das narrative Hoheitsrecht über die Geschichte und Kultur Palästinas zu gewinnen.

Der Einsatz von "educational propaganda", wie sie in israelischen Schulen und Universitäten verbreitet wird, trägt zur kulturellen Auslöschung bei, indem sie ein verzerrtes Bild der Geschichte vermittelt, das die palästinensische Perspektive ausschließt. Dies führt nicht nur zu einer weiteren Entfremdung zwischen den beiden Völkern, sondern auch zu einer Illusion von Normalität, in der die kulturellen und historischen Ansprüche der Palästinenser*Innen nicht anerkannt werden.

Auf einer grundlegenden Ebene verweigert die israelische Gesellschaft der palästinensischen Bevölkerung das Recht auf eine eigene Erzählung und Identität. Diese Form der kulturellen Gewalt, die Bitterkeit und Isolation erzeugt, ist nicht weniger verheerend als physische Gewalt. Die palästinensische Identität wird systematisch angegriffen, indem Orten, Traditionen und Sprachen ihre Bedeutung abgesprochen wird. Die Unterdrückung von folkloristischen Praktiken, der Einsatz von restriktiver Sprache und das Verbot von kulturellen Veranstaltungen sind Maßnahmen, die sowohl das individuelle als auch das kollektive Gedächtnis der Palästinenser*Innen angreifen.

Darüber hinaus ist der Zugang zu Bildung und kulturellen Programmen für Palästinenser*Innen stark eingeschränkt, was die Erziehung und Weitergabe

kulturellen Wissens erschwert. Initiativen zur Belebung und Bewahrung der palästinensischen Kultur finden zunehmend im Exil oder im Untergrund statt.

3.3 Education

Die Rolle der Universitäten im Kontext der Kolonialisierung und der Unterdrückung ist vielschichtig und erfordert eine differenzierte Analyse. Ein prominentes Beispiel ist die palästinensische Professorin Nadera Shalhoub-Kevorkian von der Hebrew University, die nach einem Interview über Verbrechen der Israelischen Armee einer massiven Hetzkampagne ausgesetzt war. Ihre Erfahrung illustriert die Risiken, die mit der Inanspruchnahme akademischer Freiheiten verbunden sind, und zeigt, wie vulnerable Stimmen im akademischen Diskurs marginalisiert werden (Wind 2024: 115ff).

Seit den späten 1990ern haben sich zunehmend palästinensische Forschende an israelischen Universitäten mit der Besatzung auseinandergesetzt, doch diese Bemühungen stehen unter erheblichem Druck (Wind 2024: 118). Repressionen an Universitäten nehmen zu, wobei Forschungsarbeiten, die das koloniale Projekt kritisieren, faktisch verboten werden. Kritische Stimmen, sowohl aus der palästinensischen als auch aus der jüdisch-israelischen Perspektive, werden zunehmend aus dem akademischen Diskurs ausgeschlossen (Wind 2024: 119).

4. Wissenschaftlicher Austausch und Verstrickung im militärischen Komplex

Die Leibniz Universität Hannover (LUH) reiht sich zunehmend in die lang etablierte Tradition deutscher Wissenschaftsinstitutionen ein, deren Forschung und Struktur sich der sicherheitspolitischen Agenda des Staates unterordnen. Diese Entwicklung ist weder neu noch isoliert – sie steht vielmehr exemplarisch für eine tiefgreifende Transformation der deutschen Hochschullandschaft, in der Universitäten sich im nationalen wie internationalen Wettbewerb um Drittmittel, Einfluss und „Exzellenz“ positionieren. Die Folge ist eine strukturelle Öffnung der akademischen Institutionen für militärische, sicherheitstechnische und rüstungsindustrielle Interessen. Die LUH bildet in dieser Hinsicht keine Ausnahme. Im Gegenteil: Sie ist ein aktiver Akteur in der zunehmenden Militarisierung deutscher Universitäten.

4.1 Strategische Ausrichtung der LUH

Beim Neujahrsempfang im Januar 2025 präsentierte der Präsident der Leibniz Universität Hannover die strategischen Leitlinien für die kommenden Jahre. Zentrale Punkte sind die Umwandlung zur „Stiftungsuniversität“, die Bewerbung im Rahmen der „Exzellenzstrategie“ sowie eine gezielte „Profilschärfung“ in ausgewählten forschungsstarken Bereichen. Diese Ausrichtung signalisiert einen umfassenden institutionellen Wandel hin zu einer wettbewerbsorientierten, international vernetzten Forschungsuniversität ([LUH Presse, 2025a](#)).

Seit Anfang 2024 ist die Universität als rechtsfähige Stiftung organisiert, was ihr erweiterte Autonomie insbesondere in Finanzierungs- und Personalfragen ermöglicht und den Zugang zu Drittmitteln erleichtert ([LUH Presse, 2024b](#)). Diese Neuausrichtung der Leibniz Universität Hannover ist nicht nur eine administrative Reform, sondern Ausdruck eines umfassenden Strukturwandels, der mit einer zunehmenden Abhängigkeit von Drittmitteln und externen Geldgeber*Innen einhergeht. Während sich die Universität öffentlich als “wissenschaftlich unabhängig” und “politisch neutral” präsentiert, verdeutlicht ein Blick auf die Geldgeber*Innen-Landschaft zwischen 2014 und 2024 die Tiefe der ökonomischen und politischen Verflechtungen, denen sich Forschung und Lehre unterordnen. Viele der beteiligten Akteur*Innen stehen in einem Spannungsfeld zwischen problematischer Vergangenheit, ökonomischem Eigeninteresse und aktiver Beteiligung an gegenwärtigen Menschenrechtsverletzungen. Eine genauere Analyse der damit verbundenen Geldflüsse, Förderlogiken und beteiligten Akteure folgt im nächsten Kapitel.

Ergänzt wird diese Entwicklung durch die gezielte Förderung in Höhe von 22,5 Millionen Euro durch das niedersächsische Ministerium für Wissenschaft und Kultur sowie die VolkswagenStiftung zur strukturellen Stärkung ihres Forschungsprofils ([LUH Presse, 2025b](#)). Im Kontext der angestrebten Teilnahme an der Exzellenzstrategie des Bundes ergibt sich daraus ein kohärentes Bild institutioneller Neuausrichtung auf ökonomische Verwertbarkeit, internationale Sichtbarkeit und politische Forschungsschwerpunkte ([LUH, 2025c](#)).

Diese Transformation ist Teil eines übergeordneten hochschulpolitischen Trends. Analysen weisen darauf hin, dass die bundesdeutsche Exzellenzinitiative maßgeblich zur Hierarchisierung der Hochschullandschaft beiträgt, da sie erhebliche Fördermittel auf wenige Institutionen konzentriert, zugleich aber starke Anreize zur Drittmittelakquise und zur Ausrichtung auf verwertungsorientierte Forschung setzt. Dabei werden insbesondere universitäre Lehre und nicht-marktförmige Forschungsbereiche strukturell abgewertet ([taz, 2017](#)). Die institutionellen Effekte dieses Wandels zeigen sich in der zunehmenden Projektabhängigkeit, der engeren Anbindung an privatwirtschaftliche und politische Akteure sowie der Verschiebung wissenschaftlicher Prioritäten zugunsten strategisch relevanter Forschungsfelder ([taz, 2022](#)).

Diese Entwicklung wird seit dem sicherheitspolitischen Paradigmenwechsel im Zuge der sogenannten “Zeitenwende” zusätzlich dynamisiert. Dual-Use-Forschung, die wissenschaftliche Arbeit mit potenzieller militärischer Verwendbarkeit nimmt an deutschen Hochschulen deutlich zu ([BMBF, 2024](#)). Im Jahr 2014 hat eine gemeinsame Recherche des NDRs und der Süddeutschen Zeitung ergeben, dass mit einem Anteil von mehr als 5,8 Millionen Euro, die Gottfried-Wilhelm Leibniz Universität Hannover, seit 2010 am meisten Geld aus dem Verteidigungsetat der

Bundesregierung bekommen hat. Im Jahr 2014 wurde im Zuge dieser Recherche von einem Kurswechsel in der Hochschulforschung gesprochen ([NDR, 2014](#)). Das heutige Ausmaß an militärischer Forschung an der LUH wäre vor 11 Jahren undenkbar gewesen.

Für die Leibniz Universität Hannover bedeutet dies, dass ihre institutionelle Neuausrichtung, insbesondere die Umstellung auf die Stiftungsform, die Teilnahme an kompetitiven Exzellenzverfahren und die Abhängigkeit von Drittmitteln strukturelle Pfade eröffnet, auf denen vor allem natur- und ingenieurwissenschaftliche Forschung verstärkt in sicherheits- oder rüstungsnahen Kontexten eingebunden werden kann. Der Verzicht auf eine klare Zivilklausel oder ethische Leitlinie zur Abgrenzung militärischer Forschung erhöht dieses Risiko zusätzlich. Im Hinblick auf wissenschaftliche Kooperationen mit internationalen Partnerinstitutionen, die in staatlich-militärischen Infrastrukturen eingebettet sind, ist eine kritische Reflexion dieser strukturellen Verflechtungen unerlässlich. Sie bildet die Grundlage für eine ethisch fundierte Debatte über akademische Verantwortung und die Legitimität wissenschaftlicher Boykottstrategien.

4.2 Drittmittel Verflechtungen der LUH: Industrie, Rüstung und historische Kontinuitäten

Die Drittmittelstruktur der Leibniz Universität Hannover ist Ausdruck einer weitreichenden institutionellen Verflechtung mit politischen, wirtschaftlichen und historischen Machtkonstellationen. Die Universität agiert längst nicht mehr als neutraler Ort der Erkenntnisgewinnung, sondern als Knotenpunkt in Netzwerken ökonomischer Interessen, technologischer Aufrüstung und strategischer Außenpolitik. Dies gilt insbesondere für ihre engen Beziehungen zu privatwirtschaftlichen und rüstungsnahen Akteuren sowie für die systematische öffentliche Förderung bi-nationaler Projekte mit israelischen Hochschulen – oftmals in Zusammenarbeit mit Institutionen, die selbst tief in völkerrechtswidrigen Praktiken verwickelt sind.

Mit der Umwandlung der LUH in eine Stiftungsuniversität ab dem Jahr 2024 wird diese Entwicklung strukturell weiter gefestigt. Die neue Rechtsform steht für eine stärkere Eigenverantwortung und größere Handlungsfreiheit. Faktisch bedeutet sie aber vor allem: größere Abhängigkeit von Drittmitteln, Öffnung für marktorientierte Kooperationspartner und Schwächung öffentlicher Kontrolle.

4.2.1 Allgemeine Drittmittelgeber mit fragwürdiger Nähe zur Industrie

Im Bereich privatwirtschaftlicher Drittmittel zeigt sich eine auffällige Häufung von Zuwendungen durch Unternehmen mit problematischer oder eindeutig politisch-ideologisch aufgeladener Vergangenheit und Gegenwart. Eine Vielzahl von Unternehmen tritt im Untersuchungszeitraum als Förderer der LUH auf – etwa durch Deutschlandstipendien, Projektförderungen oder Sponsorings. Dazu zählen unter anderem Rheinmetall, Infineon, Siemens, Nestlé, Google und Amazon. Letztere

finanzierten ca. 130.000 Euro an das Forschungszentrum "L3S", sowie Google weitere 130.000 Euro an das Institut für IT-Sicherheit. Diese Konzerne sind nicht nur global führende Player in der IT-Branche, sondern auch zentrale Akteure in Debatten um Überwachung, Datenkontrolle, prekäre Arbeitsverhältnisse und monopolistische Marktstrategien.

4.2.2 Historisch belastete Stiftungen und Unternehmen

Hinzu kommt die finanzielle Unterstützung durch Unternehmen und Stiftungen mit nicht aufgearbeiteter Vergangenheit der Mitschuld im Nationalsozialismus.

Ein hervorstechendes Beispiel dabei ist die "Alfried Krupp von Bohlen und Halbach Stiftung". Diese förderte die LUH seit 2014 mit insgesamt über 255.000 Euro ([LUH-Fundingliste, 2025d](#)). Alfried Krupp war seit 1931 Fördermitglied der SS, wurde wie sein Vater zum Wehrwirtschaftsführer ernannt und war damit als enger Industriepartner des NS-Regimes, tief in das System von Ausbeutung, Zwangsarbeit und Völkermord verstrickt. Er wurde im Nürnberger "Krupp-Prozess" 1947 angeklagt und verurteilt. Zwar wurde 2022, also 77 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges und 55 Jahre nach der Gründung der Stiftung, ein Forschungsprojekt von der Stiftung beauftragt und finanziert, welches auch Alfried Krupps Rolle im 3. Reich untersucht ([Tagesschau, 2023](#)). Doch laut Stiftung als zentrales Ziel hat: "ein möglichst facettenreiches Bild Alfried Krupps in dem Zeitraum seit den 1920er Jahren bis zu seinem Tod 1967 zu erhalten." ([Krupp-Stiftung, 2025a](#))

Es steht also außer Frage, dass durch diese Stiftung und die Vergabe des "Alfried-Krupp-Förderpreis" sein Name und sein "Vermächtnis" geehrt werden ([Krupp-Stiftung, 2025b](#)). Dies wird auch klar durch ein direktes Zitat aus seinem Testament auf der Homepage, in dem sein Wunsch, die Firma in "eine Stiftung, die Ausdruck der dem Gemeinwohl verpflichteten Tradition des Hauses Krupp sein soll", umzuwandeln ([Krupp-Stiftung, 2025c](#)).

Auch Continental, das im Dritten Reich Zwangsarbeit einsetzte, trat mehrfach als Sponsor der LUH auf, insgesamt 29.330 Euro für Unitransfer und Kommunikationsprojekte ([LUH-Fundingliste, 2025](#)). Die Continental AG gehört außerdem zum Großteil der Schaeffler AG. Ebenso einem großen Profiteur der Nazizeit, der nicht nur Zwangsarbeit einsetzte, sondern in deren Fabriken sogar Menschenhaar von Ermordeten in Auschwitz zu Stoff verarbeitet wurde. Dies gilt als eindeutig belegt, da durch forensische Untersuchungen, in denen Blausäure aus dem in den Gaskammern eingesetzte "Zyklon-B" in Stoffballen, aus einer Fabrik, nachgewiesen wurde ([SZ, 2010](#)). Ein von der Familie Schaeffler in Auftrag gegebenes "Gutachten" vom Historiker Gregor Schöllgen, versucht die eigene Familiengeschichte zu entlasten ([Schöllgen, 2021](#)). Dort wird z.B. behauptet, Wilhelm Schaeffler "sei kein Antisemit gewesen", und es gebe "keine eindeutigen Belege" für eine Verbindung nach Auschwitz ([Cicero, 2009](#)). Bis heute bezieht sich

die Schaeffler AG auf diese und andere Aussagen aus dem Gutachten, die Wilhelm Schaeffler und die Schaeffler AG entlasten sollten ([Schaeffler, 2025](#)).

Continental und Schaeffler sind heute u.a. Industriepartner des Instituts für Leistungselektronik und Antriebstechnik an der Fakultät für Elektrotechnik und Informatik der LUH ([IAL, 2024](#)). Die Schaeffler AG ist außerdem Teil des Industrie Arbeitskreises des Instituts für Fertigungstechnik und Werkzeugmaschinen an der Fakultät für Maschinenbau ([IFW, 2025](#)).

4.2.3 Rüstungsindustrie-nahe und militärisch-verflochtene Akteure

Die institutionelle Nähe der LUH zu sicherheitspolitischen Interessen wird auch durch Förderungen durch Unternehmen belegt, die direkt oder indirekt im Rüstungs- und Militärsektor aktiv sind.

Die Rheinmetall AG, einer der führenden deutschen Rüstungskonzerne, finanzierte seit 2014 Deutschlandstipendien in Höhe von 52.200 Euro. Rheinmetall ist, mit Blick auf den Aktienkurs, zweifellos einer der großen Kriegsgewinner*Innen seit Beginn des Kriegs in der Ukraine, aber auch nochmal besonders, seit Beginn des Genozids in Gaza. Sie produzieren u.a. auch Panzermunition, die in Gaza zum Einsatz kommt und mit denen Kriegsverbrechen begangen werden ([IMI, 2024](#)).

Auch MTU Aero Engines, deren Produkte in Kampflugzeugen verwendet werden, unterstützte die LUH mit mindestens 12.600 Euro ([MTU, 2025](#)); ([LUH-Fundingliste, 2025](#)). MTU hat schon eine lange Tradition in der Rüstungsindustrie angefangen, im 1. Weltkrieg. Und auch heute produziert die Firma weiter Motoren für z.B. den Leopard 2 der Bundeswehr, aber wahrscheinlich auch für den israelischen Panzer "Merkava IV", womit auch im aktuellen Genozid dokumentierte Kriegsverbrechen begangen wurden ([Junge Welt, 2025](#)).

Auch Volkswagen trat ebenfalls als regelmäßiger Sponsor auf (rund 60.000 Euro in verschiedenen Formaten, u. a. an das Institut für Mineralogie, das Referat für Kommunikation und Marketing sowie den Unitransfer) ([LUH-Fundingliste, 2025](#)). VW, auch mit NS-Vergangenheit, kündigt nun an, "grundsätzlich offen" zu sein für die Produktion von "beispielsweise Militärfahrzeugen" ([ZDF Heute, 2025](#)). Dabei gibt es über die Tochterfirma Traton SE, zu der die Marke MAN-Nutzfahrzeuge gehört, schon seit 2010 ein "Joint Venture" von Rheinmetall und MAN ([Reuters, 2010](#)). Innerhalb dieser Kooperation werden auch Teile für gepanzerte Fahrzeuge in Israel produziert, welche von der israelischen Polizei z.B. zur Unterdrückung von Protesten eingesetzt wurden ([Who Profits, 2023](#)).

Sowohl die Zusammenarbeit mit, als auch das Annehmen von Geldern von Stiftungen mit expliziter, nicht oder geschichtsrevisionistisch aufgearbeiteter Nazi-Vergangenheit, als auch Firmen die in der Rüstungsindustrie aktiv sind, lässt sich im aktuellen Kontext, des zunehmenden Rechtsextremismus, Autoritarismus und Militarisierung Deutschlands nur extrem kritisch sehen. Insbesondere in Zeiten in denen Deutschland einen weiteren Völkermord unterstützt und jegliche Kritik

daran oft als “antisemitisch” verunglimpft wird, ist es nochmal umso fragwürdiger wie im Gegensatz dazu, mit der deutschen Geschichte und Verantwortung von Firmen und Personen umgegangen wird, welche tatsächlich direkt oder indirekt in der Vernichtung von 6 Millionen Jüd*Innen im Holocaust, als Gipfel des deutschen Antisemitismus, beteiligt waren und welche Schlüsse daraus gezogen werden, auch an Hochschulen.

4.2.4 Öffentliche Drittmittelförderung

Neben diesen privatwirtschaftlichen Finanzierungen spielt auch die öffentliche Drittmittelförderung eine zentrale Rolle bei der Reproduktion politischer Verhältnisse durch Wissenschaft. Die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) ist hierbei die bedeutendste nationale Förderungs-Akteurin. Zwischen 2020 und 2022 erhielt die LUH rund 187 Millionen Euro aus DFG-Mitteln und zählt damit zu den zwanzig forschungsstärksten Universitäten Deutschlands ([LUH-Presse, 2024c](#)). Die DFG vergibt ihre Mittel jedoch nicht ausschließlich entlang wissenschaftlicher Exzellenzkriterien, sondern verfolgt explizite geostrategische Zielsetzungen - insbesondere durch Programme wie die „Deutsch-Israelische Projektkooperation“ (DIP), die gezielt Forschungsprojekte mit acht israelischen Universitäten fördert, darunter die drei offiziellen Kooperationspartner der LUH sowie die Ben-Gurion Universität ([DFG, 2024a](#)). Auch die Einführung eines neuen Lead-Agency-Verfahrens mit der Israel Science Foundation im Jahr 2024 zeigt: Hier wird Wissenschaft gezielt als Mittel außenpolitischer Einflussnahme strukturiert ([DFG, 2024b](#)).

Mindestens vier der sechzehn seit Oktober 2023 angelaufenen oder veröffentlichten Projekte der LUH mit israelischer Beteiligung wurden durch die DFG gefördert ([PhoenixD, 2025](#)); ([LUH \(4\), 2024](#)); ([LUH \(11\) 2023](#)); ([HOT, 2024](#)). Darunter Publikationen im Rahmen des Exzellenzclusters “PhoenixD” sowie Projekte mit Anwendungsbezug in der Optoelektronik, Sensorik und Materialforschung. Weitere Mittelgeber mit politischer Stoßrichtung sind das niedersächsische Ministerium für Wissenschaft und Kultur sowie die VolkswagenStiftung. Beide Einrichtungen unterstützen die Forschungsk Kooperation Niedersachsen–Israel seit 1977. Nach dem 7. Oktober 2023 wurden gezielt Mittel nachgeschossen, insgesamt 285.000 Euro zusätzlich für 21 Projekte. Mindestens zehn der sechzehn LUH-Projekte mit israelischen Partnern seit Oktober 2023 wurden aus diesen Töpfen kofinanziert ([MWK, 2024](#)); ([MWK, 2025](#)).

Diese öffentlich geförderten Drittmittel reflektieren nicht bloß nationale Forschungsinteressen, sondern sind Ausdruck einer Wissenschaftspolitik, die gezielt außenpolitische Allianzen stabilisieren und vertiefen soll, auch dann, wenn dies eine Zusammenarbeit mit Institutionen bedeutet, die unmittelbar in Besatzung, Kriegsverbrechen oder Unterdrückung involviert sind. Die Tatsache, dass etwa das Technion oder die Hebrew University of Jerusalem als Partnerinstitutionen auftreten,

ohne dass eine ethische Evaluation der Kooperation erfolgt, ist Ausdruck dieser entpolitisierten Verwaltung politischer Gewaltverhältnisse durch wissenschaftliche Praxis.

Die Drittmittelverflechtungen der LUH, sowohl im privaten als auch im öffentlichen Bereich, zeigen in ihrer Gesamtheit eine alarmierende strukturelle Nähe zu Akteuren, deren Handeln nicht mit dem Anspruch einer freien, friedlichen und menschenrechtsbasierten Wissenschaft vereinbar ist. Die Universität profitiert materiell und strategisch von Geldern, deren Herkunft häufig in unmittelbarem Zusammenhang mit historischer Schuld, autoritärer Macht oder kriegerischer Gewalt steht. Besonders kritisch ist diese Verflechtung, wenn sie im Kontext einer aktiven Zusammenarbeit mit israelischen Institutionen geschieht, die selbst Teil der militärischen Infrastruktur eines Apartheidregimes sind und deren Rolle im Gazastreifen, in der Westbank und in Ostjerusalem durch zahlreiche Berichte internationaler Organisationen dokumentiert ist. Die systematische Intransparenz über diese Finanzierungsquellen, die weitgehende Abwesenheit ethischer Richtlinien und die strategische Stillstellung kritischer Öffentlichkeit machen deutlich: Die LUH ist nicht nur formal Teil wissenschaftlicher Kooperationen, sondern institutionell und politisch verstrickt in die Normalisierung militärischer, neokolonialer und autoritärer Strukturen. Eine kritische Auseinandersetzung mit diesen Verflechtungen ist nicht nur geboten, sondern dringend notwendig, insbesondere im Rahmen wachsender Forderungen nach einem akademischen Boykott gemäß den Richtlinien der PACBI.

4.3 Die Rolle der Leibniz Universität Hannover in nicht-ziviler Forschung

Bereits im Jahr 2014 war die Leibniz Universität Hannover sowohl in sicherheits- und militärtechnologische Forschung involviert als auch in internationale Kooperationen mit israelischen Forschungseinrichtungen eingebunden. Diese zeitliche Überschneidung ist keineswegs zufällig, sondern verweist auf strukturelle Kontinuitäten, die die institutionelle Ausrichtung der Universität prägen. Die Zusammenarbeit mit Akteuren, deren Forschung unmittelbar oder mittelbar militärische Anwendungen bedient, entspricht einem grundlegenden Selbstverständnis universitärer Praxis, das sich zunehmend der Logik sicherheitspolitischer und ökonomischer Verwertbarkeit unterordnet.

Zwischen 2011 und 2015 flossen knapp sechs Millionen Euro aus dem Verteidigungsetat der Bundesregierung an die Universität. Eine parlamentarische Anfrage im niedersächsischen Landtag ergab 2014, dass allein in diesem Bundesland neun Projekte an der LUH mit knapp vier Millionen Euro durch das Bundesverteidigungsministerium gefördert wurden. Damit war die LUH in diesem Zeitraum die Universität mit den höchsten finanziellen Zuwendungen aus dem Verteidigungshaushalt im gesamten Bundesgebiet. Viele dieser Projekte unterliegen der Geheimhaltung, was eine unabhängige Bewertung und öffentliche Diskussion

erheblich erschwert ([taz, 2015](#)). Ein besonders prominentes Beispiel ist die Software „WIPKA-QS“, die am Institut für Informationsverarbeitung der LUH entwickelt wurde. Sie wird von der Bundeswehr für automatisierte Kartografierung bei Auslandseinsätzen genutzt. Das gleiche Institut forscht darüber hinaus an der Entwicklung von Radar- und Videoüberwachungstechnologien, unter anderem zur Gesichtserkennung und zur Verfolgung von Personen in Bildmaterial. Die Software CAMINSENS, ebenfalls aus dieser Forschung hervorgegangen, wurde in Zusammenarbeit mit der Bundespolizei, dem Bundeskriminalamt und der Deutschen Bahn zur intelligenten Videoüberwachung erprobt – unter anderem im Pilotprojekt am Bahnhof Berlin-Südkreuz ([taz, 2019](#)).

Auch im Kontext europäischer Grenzüberwachung ist die LUH aktiv beteiligt. Das Institut für Rechtsinformatik erforscht die rechtlichen und ethischen Implikationen des EU-finanzierten Projekts „iBorderCtrl“, das mit Unterstützung der Grenzschutzagentur Frontex bereits an mehreren europäischen Außengrenzen getestet wurde. Ziel des Projekts ist eine automatisierte Überprüfung von Reisenden durch künstliche Intelligenz, die auf Basis eines digitalen Interviews einen „Risikoscore“ für jede einreisende Person berechnet ([taz, 2019](#)).

Die nicht-zivilen Aktivitäten der Universität beschränken sich nicht allein auf die technischen Wissenschaften. Auch innerhalb der Sozialwissenschaften finden sich problematische Verbindungen. So bot die LUH beispielsweise ein Seminar mit dem Titel „Polizei und Kriminalität“ unter der Leitung des Soziologen und Polizeibeamten Frank-Holger Acker an – ein Umstand, der unter den Studierenden der LUH und in der Öffentlichkeit für Diskussionen sorgte ([taz, 2021](#)).

Diese vielfältigen Beispiele machen deutlich, dass die LUH nicht zufällig in militärisch ausgerichtete Forschungsprojekte involviert ist, sondern strukturell in sicherheits- und rüstungspolitische Interessen eingebettet ist. Wie eine gemeinsame Recherche von NDR und Süddeutscher Zeitung ([NDR, 2014](#)) bereits 2017 feststellte, hat sich an vielen deutschen Universitäten und besonders an der LUH ein strategischer Kurswechsel vollzogen, der militärische Forschung zunehmend als legitimen und lukrativen Bestandteil akademischer Arbeit begreift.

Vor diesem Hintergrund erscheinen die wissenschaftlichen Kooperationen mit israelischen Institutionen nicht als isolierte Partnerschaften, sondern als Fortsetzung einer institutionellen Logik, die sich dem Zugriff staatlicher Gewaltapparate öffnet. Die Rolle israelischer Hochschulen in der Unterstützung von Militär, Besatzung und völkerrechtswidrigen Praktiken ist vor diesem Hintergrund nicht zufällig, sondern systematisch anschlussfähig an die bestehende Forschungskultur der LUH.

Die Selbstinszenierung der Universitätsleitung als „politisch neutrale Instanz“ widerspricht jedoch der tatsächlichen Praxis der Leibniz Universität Hannover. In einer Rede betonte Universitätspräsident Epping, die Universität dürfe sich nicht in politische Fragen verstricken, sondern müsse ein „Ort der freien Lehre, Forschung

und des Diskurses“ bleiben unabhängig, sachlich und evidenzbasiert. Die Universität, so Epping weiter, positioniere sich nicht politisch, sondern diene allein der Förderung wissenschaftlicher Exzellenz im Dienst der globalen Gesellschaft ([LUH Presse, 2025a](#)). Diese Darstellung blendet jedoch aus, dass wissenschaftliche Entscheidungen etwa über Kooperationen mit bestimmten Partnerinstitutionen, die Annahme von Drittmitteln aus dem Verteidigungsetat oder die Beteiligung an sicherheitspolitisch motivierten Forschungsprojekten inhärent politische Handlungen sind. Die Auswahl von Forschungsthemen, Finanzierungspartnern und internationalen Kooperationen ist niemals neutral, sondern immer in bestehende Machtverhältnisse eingebunden. In diesem Sinne ist die Leibniz Universität Hannover längst politisch positioniert und zwar an der Seite staatlicher Institutionen, militärischer Interessenträger und sicherheitsindustrieller Netzwerke. Ihre Kooperationen mit dem Bundesverteidigungsministerium, ihre Beteiligung an EU-Grenzüberwachungstechnologien oder ihre Partnerschaften mit Akteuren in Israel, deren Forschung direkt mit der Aufrechterhaltung des Besatzungsregimes verbunden ist, sind nicht lediglich wissenschaftliche, sondern zutiefst politische Entscheidungen. Diese strukturelle Einbindung legt die Grundlage für eine kritische Bewertung gegenwärtiger und zukünftiger Kooperationen, insbesondere im Kontext des internationalen akademischen Boykotts.

4.4 Israelische akademische Institutionen in der Forschung der Leibniz Universität Hannover

Die enge Zusammenarbeit der Leibniz Universität Hannover mit israelischen akademischen Einrichtungen ist Ausdruck einer institutionellen Praxis, die sich nahtlos in die sicherheits- und rüstungsnahe Ausrichtung der Hochschule einfügt. Diese Kooperationen erfolgen nicht im luftleeren Raum, sondern in einem politischen Kontext, in dem israelische Universitäten integraler Bestandteil des militärisch-industriellen Komplexes sind. Sie leisten systematisch wissenschaftliche Unterstützung für die israelische Besatzungs-, Siedlungs- und Repressionspolitik – sei es durch militärtechnologische Forschung, durch Ausbildungseinrichtungen für das israelische Militär oder durch direkte Kooperationen mit sicherheitsstaatlichen Organen

Aktuell unterhält die Leibniz Universität Hannover formelle Kooperationsvereinbarungen mit drei israelischen Universitäten: dem Technion – Israel Institute of Technology, der Hebrew University of Jerusalem und der University of Haifa. Diese Vereinbarungen wurden zuletzt im April und Mai 2022 im Rahmen einer Delegationsreise erneuert, bei der auch der damalige niedersächsische Minister für Wissenschaft und Kultur, Björn Thümler, anwesend war. Die dabei unterzeichneten Memorandums of Understanding beinhalten neben dem Austausch von Studierenden und Lehrenden auch die Förderung gemeinsamer Forschungsprojekte ([LUH-Presse, 2022](#)).

Besonders hervorgehoben wird die Kooperation mit dem Technion, einer Universität, die bekannt dafür ist, in enger Verbindung mit dem israelischen Verteidigungsministerium, den Streitkräften und der Rüstungsindustrie zu stehen ([Academics for Palestine, 2025](#)). Im Zentrum der Kooperation stehen laut LUH die Ausweitung akademischer Verbindungen, die Verbesserung von Bildungschancen und die Vertiefung des internationalen Austauschs. Im gleichen Zuge wurde ein Abkommen über ein bilaterales Studierendenaustauschprogramm geschlossen, das einen wechselseitigen Austausch von jeweils drei Studierenden pro Semester vorsieht ([LUH-Presse, 2022](#)). Diese scheinbar unpolitische Mobilität wird jedoch im Kontext der Funktion der Partneruniversitäten hochgradig politisch.

Neben diesen offiziellen Partnerschaften ist die LUH auch an weiteren Projekten mit israelischen Hochschulen beteiligt, unter anderem mit der Ben-Gurion University of the Negev. Diese beteiligt sich gemeinsam mit dem Forschungszentrum L3S der LUH am Projekt ROMEO sowie an mehreren weiteren Forschungsinitiativen im Bereich photonischer Technologien und Künstlicher Intelligenz ([Romeo L3S, 2025](#)); ([HOT, 2024](#)). Auch auf Ebene der Europäischen Union bestehen gemeinsame Forschungsvorhaben, insbesondere im Rahmen des Forschungsrahmenprogramms Horizon 2020 sowie Horizon Europe, die zunehmend auch sicherheits- und verteidigungspolitisch relevante Projekte beinhalten. Diese Kooperationen sind häufig Teil größerer transnationaler Netzwerke, die neben akademischen Institutionen auch Unternehmen aus dem israelischen und amerikanischen Sicherheits- und Technologiesektor einbinden. Diese werden im Unterkapitel 4.5 weiter erläutert.

Diese Verflechtungen werden durch gezielte Fördermaßnahmen auf Landes- und Bundesebene intensiviert. Das Land Niedersachsen hat seit 2022 mehrere Programme zur Unterstützung ([MWK, 2024](#)) niedersächsisch-israelischer Forschungsk Kooperationen aufgelegt. So z.B. das Förderprogramm Zukunft.Niedersachsen ([Zukunft.Niedersachsen, 2025](#)). Die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) unterstützt ebenfalls Projekte mit israelischer Beteiligung ([DFG, 2024a](#)). Dass dies ausgerechnet in einem Zeitraum geschieht, in dem israelische Streitkräfte mit der systematischen Zerstörung ziviler Infrastruktur im Gazastreifen international für schwere Kriegsverbrechen kritisiert werden, ist nicht zu ignorieren. Institutionen wie die Technion oder die Hebrew University, die im Rahmen dieser Angriffe keine Distanz zur Gewaltpraxis des israelischen Staates erkennen lassen, bleiben dennoch zentrale Partner der LUH.

Ein weiterer Ausdruck dieser engen Verbindung ist das seit 2020 bestehende Stipendienprogramm ILSSE- Israel-lower-saxony für den Austausch von Studierenden und Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern zwischen Niedersachsen und Israel. Dieses Programm wird unter anderem vom Institut für Technische Chemie der LUH koordiniert und aus Mitteln des Niedersächsischen

Ministeriums für Wissenschaft und Kultur sowie der Privatwirtschaft finanziert ([ILSSE, 2020](#)). Die beteiligten Unternehmen, darunter Sartorius und Symrise, unterhalten wirtschaftliche Beziehungen mit israelischen Firmen in sensiblen Bereichen wie Biopharma, Zelltherapie und Kosmetiktechnologie ([Sartorius, 2025](#)); ([Symrise, 2023](#)). Zwar wird erwähnt, dass auch Studierende aus palästinensischen Gebieten berücksichtigt werden könnten, doch bleibt diese Option faktisch marginalisiert ([ILSSE, 2021](#)). Zwei der auf der Website des Programms ILSSE genannten palästinensischen Partneruniversitäten, die Islamic University of Gaza und die Al Azhar University, wurden durch die israelischen Bombardierungen im Herbst 2023 vollständig zerstört ([Aljazeera, 2025](#)); ([Mondoweiss, 2025](#)).

Die strategische Zusammenarbeit mit israelischen Universitäten wird in den Kooperationsabkommen von 2022 weiter formalisiert. Darin werden die Austauschmöglichkeiten für Studierende, Lehrende und Forschende festgeschrieben und gezielt ausgebaut. Dabei wird die strukturelle Einbindung dieser Universitäten in das israelische Gewaltregime systematisch ausgeblendet. Kooperationen mit Einrichtungen, die aktiv zur militärischen Unterdrückung beitragen, erscheinen als neutrale internationale Zusammenarbeit, eine Darstellung, die einer kritischen wissenschaftlichen Überprüfung nicht standhält.

Diese Projekte und Forschungen sind seit Oktober 2023 publiziert oder gestartet (Stand 12.06.2025):

- “Terrestrial Very-Long-Baseline Atom Interferometry: summary of the second workshop”, mit der Technion, ([LUH \(1\), 2025](#))
- “Superior Thermoelectric Performance of Textured $\text{Ca}_3\text{Co}_4\text{-xO}_{9+\delta}$ Ceramic Nanoribbons”, mit der Technion, ([LUH \(2\), 2023](#))
- Generation of Massively Entangled Bright States of Light during Harmonic Generation in Resonant Media, im Rahmen des Exzellenzcluster PhoenixD zusammenarbeit mit Technion, ([Journals, 2025](#))
- “Verbesserte p-leitende thermoelektrische Keramik durch kombinierte Dotierung und asymmetrische Strukturierung mit elektrogesponnenen Nanobändern und Spark-Plasma-Sinterung”, mit der Technion, ([LUH \(4\), 2025](#))
- “Asymmetric structuring of ceramic composite via co-electrospun sodium cobaltite and calcium cobaltite nanoribbons”, mit der Technion, ([LUH \(5\), 2025](#))
- “Optimization of misfit calcium cobaltite oxygen electrodes for solid oxide fuel cells through electrospinning processing”, mit der Technion, ([LUH \(6\), 2024](#))
- “Advances in Texturing and Thermoelectric Properties of a Calcium Cobaltite Ceramic via Combined Spark Plasma Sintering and Spark Plasma Texturing”, mit der Technion, ([LUH \(7\), 2024](#))
- “High-performance thermoelectric calcium cobaltite nanoribbon ceramic via electrospinning and dual spark plasma texturing”, mit der Technion, ([LUH \(8\), 2024](#))

- “Integration of optical porous silicon biosensors with 3D printed microfluids for biomarker detection”, mit der Technion, ([LUH \(9\), 2024](#))
- “Enhancing the performance of porous silicon biosensors: the interplay of nanostructure design and microfluidic integration”, mit der Technion, ([LUH \(10\), 2024](#))
- “hotonic Si microwell architectures for rapid antifungal susceptibility determination of Candida auris”, mit der Technion, ([LUH \(11\), 2025](#))
- “Emulsion gels based on combination of oleogels and hydrogels as healthy margarine replacers in laminated pastry products”, mit dem Technion, ([LUH \(12\), 2025](#))
- “ROMEO: Robot-mediated object manipulation with haptic feedback”, mit der Ben-Gurion Universität, ([Romeo L3S \(13\), 2025](#))
- “Abstimmbare On-Chip-Meta-Wellenleiter für reprogrammierbare integrierte Optiken”, mit der Ben-Gurion Universität, ([HOT \(14\), 2025](#))
- “Inverses Design von integrierten elektro-optischen Modulatoren für energieeffizientes photonisches neuromorphes Computing”, mit der Ben-Gurion Universität, ([HOT \(14\), 2025](#))
- “Ethical Challenges in Digital Health Policies: Views of Stakeholders and the Public in Germany and Israel”, mit der Ben-Gurion Universität, ([Zukunft.Niedersachsen, 2025](#))

Die Analyse der seit Oktober 2023 begonnenen oder veröffentlichten Forschungsprojekte der Leibniz Universität Hannover mit israelischen Partnerinstitutionen zeigt eine klare institutionelle Schwerpunktbildung innerhalb der Universität. Besonders stark engagiert ist dabei die Naturwissenschaftliche Fakultät, deren Institute insgesamt an neun der sechzehn identifizierten Projekte beteiligt waren. An vorderster Stelle steht das Institut für physikalische Chemie und Elektrochemie, das allein in sechs Projekten federführend oder mitarbeitend eingebunden war. Thematisch konzentrieren sich diese Projekte auf die Optimierung thermoelektrischer Materialien sowie auf elektrochemische Prozesse mit potenzieller Anwendung in Hochtechnologie- und Energiekontexten [\(2\);\(4\);\(5\);\(6\);\(7\);\(8\)](#).

Auch das Institut für Technische Chemie war mit drei Projekten beteiligt, vor allem im Bereich der bioanalytischer Sensorik und mikrofluidischen Integration. Diese Forschungen wurden in enger Kooperation mit dem Technion durchgeführt, das als einer der zentralen Partner der LUH fungiert. Ein weiteres Projekt des Instituts für Food and One Health, ebenfalls Teil der Naturwissenschaftlichen Fakultät, behandelt die Entwicklung alternativer Lebensmitteltechnologien in Zusammenarbeit mit derselben israelischen Universität [\(9\);\(10\);\(11\)](#).

Die interdisziplinäre Verflechtung zeigt sich exemplarisch an zwei Projekten, in denen fakultätsübergreifende Kooperationen dokumentiert sind. Im Rahmen des Projekts „Terrestrial Very-Long-Baseline Atom Interferometry“ arbeiteten das Institut für Erdmessung der Fakultät für Bauingenieurwesen sowie das Institut für

Quantenoptik und theoretische Physik der Fakultät für Mathematik und Physik gemeinsam mit dem Technion [\(1\)](#). Ein weiteres Projekt vereinte das Institut für Fertigungstechnik und Werkzeugmaschinen der Fakultät für Maschinenbau mit dem bereits genannten Institut für physikalische Chemie und Elektrochemie [\(2\)](#).

Die mathematisch-physikalischen Fachbereiche waren darüber hinaus eigenständig am Projekt zur Erzeugung massiv verschränkter Lichtzustände beteiligt, das im Rahmen des Exzellenzclusters „PhoenixD“ entstand [\(1\)](#).

Außerhalb der naturwissenschaftlich-technischen Fachrichtungen sind vor allem zwei hochschulübergreifende Forschungszentren hervorzuheben: das Forschungszentrum L3S, das gemeinsam mit der Ben-Gurion University am Projekt „ROMEO“ zur robotergestützten Manipulation mit haptischem Feedback arbeitet, sowie das Hannoversche Zentrum für Optische Technologien (HOT), das in zwei optoelektronischen Projekten mit demselben israelischen Partner kooperiert [\(13\)](#); [\(14\)](#). Eine weitere Kooperation zur Digitalisierung im Gesundheitsbereich, ebenfalls mit der Ben-Gurion University, ist bisher noch keiner konkreten Einrichtung der LUH zugeordnet [\(12\)](#).

Das L3S Research Center verdient dabei besondere Hervorhebung. Dies ist ein Kooperationsprojekt der LUH mit der TU Braunschweig, in dessen Direktorium 4 / 5 Personen der LUH integriert sind, mit Fokus auf KI und „Digitale Transformation“. Über dieses Projekt werden unterschiedliche Fakultäten und Institute der LUH vernetzt. Auffällig war die Unterstützung des Zentrums durch Google mit knapp 64.000 Euro und Amazon 69.000 Euro. Das L3S ist Mitglied in einigen Netzwerken. Darunter die „Big Data Value Association“. Hier sitzen im Vorstand, u.A. Personen von Siemens, Intel, IBM [\(BDVA, 2025\)](#); [\(Who profits, 2023b\)](#); [\(BDS, 2024\)](#); [\(Who profits, 2024\)](#). Dies sind alles Firmen die maßgeblich an Menschenrechtsverletzungen an den Palästinenser*Innen beteiligt sind.

Insgesamt wird deutlich, dass die Kooperationen mit israelischen Universitäten an der LUH nicht vereinzelt oder beiläufig stattfinden, sondern durch eine Vielzahl strukturierter, teilweise fakultätsübergreifender Projekte institutionell breit verankert sind. Diese breite Verflechtung unterstreicht den systematischen Charakter der Zusammenarbeit und wirft in Anbetracht der Rolle israelischer Universitäten im Kontext militärischer Forschung und völkerrechtswidriger Praktiken dringliche ethische und politische Fragen auf, die im Rahmen eines kritischen akademischen Diskurses offen gelegt und bewertet werden müssen.

4.5 EU-Forschungsförderung, Horizon Europe und die Komplizenschaft der LUH mit dem israelischen Militärkomplex

In den letzten zwei Jahrzehnten hat sich die Forschungs- und Innovationspolitik der Europäischen Union zu einem zentralen Instrument geopolitischer Steuerung entwickelt. Im Zentrum steht das Rahmenprogramm Horizon – zunächst Horizon

2020 (2014 bis 2020), seit 2021 Horizon Europe mit einem Gesamtbudget von 95,5 Milliarden Euro ([Horizon Europe, 2025](#)). Ziel dieser Programme ist die Schaffung eines europäischen Forschungsraums sowie die Förderung wirtschaftlicher Wettbewerbsfähigkeit ([Statewatch, 2024](#)). Zwar sieht Artikel 7 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2021/695 ausdrücklich vor, dass Projekte ausschließlich zivile Anwendungen verfolgen sollen, doch wird diese Trennung zunehmend durch die institutionalisierte Förderung sogenannter Dual-Use-Technologien aufgehoben ([Eur-lex, 2021](#)). Die jüngsten Vorschläge der EU-Kommission zur Ausweitung des European Innovation Council belegen diese Entwicklung deutlich ([EU-Haushalt, 2025](#)).

Israel ist seit 1996 assoziiertes Mitglied der EU-Forschungsrahmenprogramme und profitiert in erheblichem Maße von diesen Förderungen. Seit 2007 hat Israel allein im Bereich Sicherheitsforschung über 69 Millionen Euro aus 132 Projekten erhalten. Im Zuge von Horizon Europe wurden seit dem 7. Oktober 2023 mindestens 130 Projekte mit israelischer Beteiligung genehmigt, mit einer Fördersumme von über 126 Millionen Euro ([TNI, 2024](#)). Unter den geförderten Projekten finden sich nicht nur Universitäten mit enger Verbindung zu Militär und Geheimdiensten, sondern auch Rüstungsunternehmen wie Israel Aerospace Industries und Start-ups, die Kriegsführungstechnologien entwickeln ([Statewatch, 2024](#)).

Diese finanzielle Beteiligung ist hochgradig politisch. Sie unterstützt institutionelle Akteure, die nachweislich Teil des israelischen Repressions- und Gewaltapparats sind. Während alle Universitäten in Gaza durch israelische Luftangriffe zerstört wurden, erhalten israelische Hochschulen Millionenbeträge an europäischer Förderung ([UN-News, 2024](#)); ([TNI, 2024](#)). Ein Beispiel ist das Projekt EU-GLOCTER, das mit der Reichman University durchgeführt wird und explizit Kriegssimulationen und militärische Szenarien entwickelt ([TNI, 2024](#)).

Das bestehende EU-Assoziierungsabkommen mit Israel sieht in Artikel 2 vor, dass der Zugang zu europäischen Programmen an die Achtung der Menschenrechte und demokratischen Prinzipien geknüpft ist ([Aurdip, 2025](#)). Angesichts der andauernden Menschenrechtsverletzungen, Kriegsverbrechen und der völkerrechtswidrigen Besatzung stellt sich die Fortführung dieser privilegierten Beziehungen nicht nur als moralisch problematisch dar, sondern wirft die Frage nach einem strukturellen Rechtsbruch durch die EU selbst auf. Auch zivilgesellschaftliche Organisationen wie ECCP und TNI haben wiederholt gefordert, die Zusammenarbeit mit israelischen Akteuren im Rahmen von Horizon Europe zu beenden ([ECC, 2015](#)).

Auch die Leibniz Universität Hannover ist Teil dieses problematischen Netzwerks. Als drittmittelstarke Einrichtung mit strategischer Ausrichtung auf Exzellenzinitiativen ist die LUH in mehrere Horizon-Europe-Projekte involviert, bei denen israelische Hochschulen und Forschungseinrichtungen beteiligt sind teils mit direkter Verbindung zum israelischen Sicherheits- und Militärkomplex

In den folgenden Abschnitten werden diese Projekte im Detail analysiert. Dabei wird auf die beteiligten Institute der LUH, die israelischen Partnerinstitutionen und deren Verbindungen zum israelischen Militärkomplex eingegangen. Diese Analyse verdeutlicht die strukturelle Komplizenschaft der LUH im Rahmen der europäischen Forschungsförderung. Dabei werden eine Reihe von Horizon-Europe-Projekten unter Beteiligung der Leibniz Universität Hannover dokumentiert, in denen israelische Institutionen oder Unternehmen mit enger Verbindung zum israelischen Militär- und Sicherheitskomplex involviert sind. Die Projekte zeigen beispielhaft, wie tief wissenschaftliche Kooperationen mit struktureller Komplizenschaft verknüpft sein können.

1. Zusammenarbeit mit israelischen Hochschulen

- Projekt SELINA - Science for Evidence-based and sustainabLe decLsions about NATural capital ([CORDIS-EU, 2022](#)): Beteiligung des Instituts für Physische Geographie und Landschaftsökologie der LUH. Partner ist unter anderem die University of Haifa, die das Rückgrat des israelischen Militärakademie-Komplexes bildet. Die Universität führt Lehrveranstaltungen auf israelischen Militärbasen durch, verweigerte einem Studenten den Mastertitel wegen der Aufdeckung des Tantura-Massakers und zwang den Historiker Ilan Pappé zum Rücktritt ([Haaretz, 2005](#)).
- Projekt NewSkin – Advanced Surface Nano-Technologies ([\[cordis.europa.eu\]\(https://cordis.europa.eu/project/id/862100/de\)](https://cordis.europa.eu/project/id/862100/de)): Beteiligung des Instituts für Stahlbau und des Instituts für Dynamik und Schwingungen der LUH. Partner ist das Technion, das eng mit Rüstungsunternehmen wie Rafael und Elbit kooperiert und militärische Anwendungen aktiv mitentwickelt (siehe Kapitel zu israelischen Universitäten).
- Projekt MULTIPLY – International Mobility and Training in Photonics ([CORDIS-EU, 2016](#)): Beteiligung des Instituts für Quantenoptik der LUH in einem Projekt mit Technion.

2. Beteiligung militärnaher Forschungszentren und Unternehmen

- Projekt CrackSense ([CORDIS-EU, 2023](#)): Hier sind drei besonders problematische Akteure involviert: Volcani Center, der Forschungsarm des israelischen Landwirtschaftsministeriums. Dessen Minister Avi Dichter erklärte im November 2023: „Wir führen jetzt die Gaza-Nakba aus“ ([HRW, 2024](#)). Mehadrin Tnuport, ein Agrarkonzern, der Plantagen in illegalen Siedlungen betreibt und palästinensische Arbeiter*innen unter ausbeuterischen Bedingungen beschäftigt ([Who Profits, 2023](#)), Ben-Gurion Universität, deren

Forschungszentren direkt mit der Unit 8200 sowie mit Rüstungsfirmen wie Elbit kooperieren.

3. Beteiligung großer europäischer Rüstungsfirmen mit Israel-Verbindungen

- Projekt GOLIAT ([CORDIS-EU, 2024](#)), Projekt iSense ([CORDIS-EU, 2024](#)), Projekt CARIOQA-PMP, Projekt HYLENA: In all diesen Projekten ist Airbus beteiligt – ein Konzern, der u.a. Hubschrauber an die israelische Armee verkauft und mit israelischen Firmen wie Elbit bei Drohnentechnologie kooperiert ([ODM, 2024](#)).
- Projekt iSense kooperiert ebenfalls mit Thales Nederland B.V., gegen deren Geschäftsführer wegen Komplizenschaft beim Genozid in Gaza Klage eingereicht wurde ([Hind Rajab Foundation](<https://www.hindrajabfoundation.org>)).

4. Beteiligung israelischer Firmen mit direkter Relevanz für Repression und Kriegsführung

- Projekt BURST ([CORDIS-EU, 2024](#)): Beteiligung von Holo/OR Ltd, einem israelischen Hightech-Unternehmen.
- Projekt iToBoS ([CORDIS-EU, 965221, 2021](#)): Beteiligung von IBM Israel, das die Cloud-Infrastruktur der israelischen Militärverwaltung bereitstellt. IBM ist Teil des „Nimbus“-Projekts der israelischen Regierung, das Infrastruktur für den digitalen Kolonialismus bereitstellt ([Common Dreams, 2025](#)).

5. Projekte mit dem Forschungszentrum L3S der LUH: KI, Überwachung, Quantenverschlüsselung

Besonders ins Auge fällt die Beteiligung des Forschungszentrums L3S der Leibniz Universität Hannover an mehreren Horizon-Europe-Projekten, in denen Schlüsseltechnologien für Überwachung, künstliche Intelligenz (KI), Quantenkommunikation und autonome Systeme erforscht werden. Diese Forschungsbereiche stehen seit Jahren im Zentrum israelischer Sicherheits- und Militärstrategien – sowohl hinsichtlich der Kontrolle über die besetzten Gebiete als auch für offensive Einsätze. In mindestens drei Projekten: CLEVER, SMARTY und BRAINE – ist L3S in direkte Zusammenarbeit mit der Firma Mellanox Technologies Ltd. eingebunden, einer israelischen Tochter von Nvidia, die eng mit dem israelischen Militär verbunden ist. ([Investigate, 2025](#))

Mellanox organisiert regelmäßig sogenannte „Hackathons“, bei denen auch Teams der israelischen Armee beteiligt sind. Der langjährige CEO Eyal Waldman pflegte enge Beziehungen zum israelischen Verteidigungsministerium und bekannte öffentlich, von Lohnungleichheiten zwischen israelischen und palästinensischen Arbeitskräften zu profitieren ([TUE, 2025](#)). Mellanox war zudem Teil des von der Israel Innovation Authority initiierten Quantum Communication Consortium, zu

dessen weiteren Mitgliedern unter anderem Elbit Systems zählt. Einer der zentralen Rüstungskonzerne Israels, der direkt in elektronische Kriegsführung und Aufklärung involviert ist ([Elbit Systems, 2024](#))

Im Horizon-Projekt CLEVER - Collaborative Edge-Cloud Continuum and Embedded AI for a Visionary Industry of the Future), das L3S koordiniert, liegt der Fokus auf postquantenverschlüsselter Kommunikation, vertrauenswürdiger KI und Echtzeitverarbeitung an der Netzwerkkante – Technologien, die besonders für militärische Kommunikation und Kontrolle in urbanen Konfliktszenarien von Bedeutung sind ([CORDIS-EU, 2022](#)).

Im Projekt SMARTY (Scalable and Quantum Resilient Heterogeneous Edge Computing Enabling Trustworthy AI) wird ein cloud-basiertes KI-System entwickelt, das durch quantenresiliente Verschlüsselung, vertrauliches Rechnen und Schwarmbildung abgesichert wird – zentrale Bausteine zukünftiger autonomer Systeme und militärischer Entscheidungsarchitektur ([CORDIS-EU, 2024](#)).

Das Projekt BRAINE beschäftigt sich mit künstlicher Intelligenz und Datenverarbeitung am Netzwerkrand, speziell im Kontext von 5G-Infrastruktur, Edge-Computing und autonomem Fahren – Technologien, die in israelischen Militärstrategien zur Urban Warfare und für kontrollierte Mobilität von strategischer Bedeutung sind ([CORDIS-EU, 2020](#)). Die LUH und insbesondere L3S wirken hier als zentrale Schnittstelle zwischen europäischer Innovationsförderung und israelischer Sicherheitsarchitektur.

Die Brisanz dieser Zusammenarbeit wird besonders deutlich im Kontext der israelischen National AI Strategy, in der explizit die Zusammenarbeit von Industrie, Militär und Universitäten gefördert wird. Der israelische Verteidigungschef Daniel Gold betont dabei die strategische Bedeutung von KI zur Aufrechterhaltung der militärischen Überlegenheit ([Israel Innovation Authority, 2024](#)). Mellanox, Elbit Systems und Nvidia sind hier Schlüsselinstitutionen mit direkter Anbindung an Horizon-Projekte mit deutscher Beteiligung. In Summe belegt die Beteiligung des L3S eindrücklich, wie sich deutsche Forschung gefördert durch EU-Mittel an der Entwicklung sicherheitsrelevanter Technologien beteiligt, die unmittelbar im Rahmen israelischer genozidalen Handlungen zur Anwendung kommen. Dies betrifft insbesondere KI-gestützte Zielerfassung und Entscheidungsarchitektur, wie sie im Fall der Programme Lavender, The Gospel und Where's Daddy? durch die israelische Armee gegen Zivilist*Innen Gaza eingesetzt werden ([+972mag, 2024](#)).

4.6 Wissenschaftliche Komplizenschaft im Kontext eines andauernden Genozids

Die Analyse der Verflechtungen der Leibniz Universität Hannover mit israelischen Hochschulen, Unternehmen und militärisch relevanten Akteuren, speziell im Rahmen

des EU Förderprogramms Horizon Europe und horizon 2020 zeigt eine tiefgreifende strukturelle Komplizenschaft mit dem System israelischer Besatzung, Apartheid und militärischer Gewalt. Diese Verflechtungen sind nicht abstrakt oder symbolisch, sie wirken konkret in einem historischen Moment, in dem internationale Institutionen wie der Internationale Gerichtshof und der Internationale Strafgerichtshof von einem plausiblen Fall von Genozid sprechen und Haftbefehle gegen die politische Führung Israels wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit ausgestellt wurden.

Während Israel in Gaza einen Vernichtungskrieg führt, der bereits zehntausende Tote gefordert hat, Universitäten dem Erdboden gleichgemacht, medizinische Einrichtungen geplündert und Massengräber auf Klinikgeländen hinterlassen hat, pflegen europäische Universitäten, darunter die Leibniz Universität Hannover, weiterhin privilegierte wissenschaftliche Beziehungen zu genau jenen Institutionen, die aktiv an dieser Gewalt beteiligt sind. Viele der israelischen Hochschulen, mit denen die Leibniz Universität Hannover im Rahmen von Horizon Europe zusammenarbeitet, sind Teil des militärisch akademischen Komplexes, der Wissen und Technologie für die systematische Unterdrückung, Überwachung und Tötung von Palästinenserinnen und Palästinensern bereitstellt.

Besonders gravierend ist die Beteiligung des Forschungszentrums L3S der Leibniz Universität Hannover an Projekten, die sich mit künstlicher Intelligenz, Überwachungstechnologien und quanten-sicherer Kommunikation befassen, zentrale Forschungsfelder der israelischen Militärdoktrin, wie sie etwa im Einsatz von KI Systemen wie Lavender sichtbar wird, mit denen Zielpersonen automatisiert markiert und getötet werden. Die Zusammenarbeit mit Unternehmen wie Mellanox, Teil von Nvidia, das aktiv mit dem israelischen Verteidigungsministerium kooperiert und am nationalen KI Programm Israels beteiligt ist, macht deutlich, wie tief deutsche Forschung in Strukturen eingebettet ist, die auf technologische Aufrüstung eines Regimes der Apartheid, Kolonialisierung und Massenvernichtung abzielen.

Die EU Förderung, die diese Kooperationen ermöglicht, stellt eine aktive Unterstützung dieser Gewaltpraxis dar. Dass Horizon Europe trotz rechtlicher Einschränkungen Dual Use Forschung und militärisch verwertbare Technologien finanziert und damit direkt oder indirekt zum israelischen Angriffskrieg beiträgt, untergräbt nicht nur die eigenen völkerrechtlichen Grundlagen, sondern wirft auch die Frage auf, ob europäische Institutionen durch diese Praxis selbst in Völkerrechtsbruch verwickelt sind.

Die Verantwortung der Leibniz Universität Hannover und anderer deutscher Hochschulen besteht nicht nur in der Reflexion ihrer internationalen Partnerschaften, sondern in der aktiven Verweigerung jeglicher Beteiligung an Projekten, die zu Repression, militärischer Kontrolle oder Genozid beitragen können. Die technische Unterstützung der Vernichtung palästinensischen Lebens ist kein unbeabsichtigter

Nebeneffekt wissenschaftlicher Arbeit, sie ist das Resultat bewusster politischer Entscheidungen über Finanzierung, Partnerschaften und Forschungsprioritäten.

Ein wissenschaftliches Ethos, das auf Gerechtigkeit, Menschenwürde und internationalem Recht basiert, kann unter diesen Bedingungen nicht aufrechterhalten werden. Die Beendigung der Beteiligung an Horizon Projekten mit israelischen Militärinstitutionen, der Ausschluss von Unternehmen wie Mellanox oder Airbus und die politische und rechtliche Überprüfung des EU Israel Assoziierungsabkommens sind notwendige Schritte, nicht nur zur Wiederherstellung wissenschaftlicher Integrität, sondern zum Schutz palästinensischen Lebens.

Schluss

Die vorliegende Untersuchung hat mit Nachdruck aufgezeigt, dass sich die Leibniz Universität Hannover - wie viele andere akademische Institutionen in Deutschland - in einem Spannungsfeld zwischen politischer Staatsräson, völkerrechtlichen Normen und wissenschafts-ethischer Verantwortung befindet. Der Bericht offenbart, dass die LUH durch eine Reihe institutioneller Kooperationen mit israelischen Universitäten und Forschungseinrichtungen, die aktiv an der Aufrechterhaltung und Absicherung von Besatzung, Apartheid und der völkerrechtswidrigen Unterdrückung des palästinensischen Volkes beteiligt sind, nicht nur symbolisch, sondern materiell in ein Unrechtsregime verstrickt ist. Das Zusammenspiel aus gezielter De-Politisierung der Universität, repressiver Maßnahmen / Stimmung gegen Palästina-solidarische Studierende und Universitätsangehörige, sowie einer selektiven Anwendung völkerrechtlicher und menschenrechtlicher Maßstäbe offenbart ein Muster der strukturellen Komplizenschaft. Diese zeigt sich nicht nur in der faktischen Aufrechterhaltung von Kooperationen mit israelischen Universitäten, etwa durch Austauschprogramme, Forschungsprojekte oder Drittmittelverbindungen, sondern ebenso in der Weigerung, diese Kooperationen unter menschenrechtlichen Gesichtspunkten einer kritischen Prüfung zu unterziehen. Die Universität agiert dadurch sehr wohl als politischer Akteur, der sich durch sein institutionelles Handeln implizit an kolonialer Gewalt beteiligt. Zahlreiche internationale Organisationen, darunter die UN, Amnesty International, Human Rights Watch, Médecins Sans Frontières sowie verschiedene UN-Sonderberichterstatter*innen, haben das Vorgehen Israels in Gaza, der Westbank und Ostjerusalem als Ausdruck einer systematischen, auf rassistischer Segregation beruhenden, Apartheidspolitik eingeordnet. Im Kontext der eskalierenden Gewalt seit Oktober 2023 sprechen zunehmend viele dieser Akteure von einem drohenden bzw. bereits laufenden Genozid. Diese Einschätzung wird gestützt von der juristischen Untersuchung durch den Internationalen Gerichtshof (IGH), der Israel die Begehung „plausibler Verstöße gegen die Völkermordkonvention“ vorwirft und konkrete Maßnahmen zur

Verhinderung eines Völkermords anordnete, welche Israel alle verletzt hat und weiter mordete. ([Amnesty, 2024](#)); ([ICJ, 2024](#)) Diese Entwicklungen dürfen für deutsche Hochschulen nicht folgenlos bleiben. Als Orte der Bildung, Aufklärung und gesellschaftlichen Verantwortung haben Universitäten, zumal öffentlich finanzierte, nicht nur eine rechtliche, sondern auch eine ethische Verpflichtung zur Wahrung der Menschenrechte und zur aktiven Nichtmitwirkung an kolonialistischen Systemen. Eine Universität, die in solchen Konstellationen "Neutralität" propagiert, praktiziert in Wahrheit politische Parteinahme durch Untätigkeit. Gerade angesichts der deutschen Geschichte kann sich eine Hochschule nicht auf eine formale "Nicht-Zuständigkeit" oder vermeintliche außenpolitische Zurückhaltung berufen, wenn sie mit Institutionen kooperiert, die strukturelle Gewalt mit wissenschaftlicher Legitimation und technischer Infrastruktur absichern.

Darüber hinaus hat der Bericht detailliert aufgezeigt, dass die Leibniz Universität Hannover nicht nur durch das Schweigen, sondern auch durch aktive Repression gegen palästinasolidarische Akteur*innen ihre Position innerhalb dieses Systems der Komplizenschaft festigt. Die dokumentierten Fälle von Arbeitsplatzverlusten und Einschränkungen bei Raumvergaben und studentischer Organisation sind Ausdruck einer systematischen Einschränkung von Meinungsfreiheit, die mit den Grundsätzen wissenschaftlicher Freiheit und demokratischer Teilhabe unvereinbar ist.

Diese Praxis reiht sich ein in eine politische Landschaft, die durch Resolutionen wie Nr. 19/10191 (2019) und die undifferenzierte Übernahme der umstrittenen IHRA-Arbeitsdefinition von Antisemitismus ein Klima geschaffen hat, in dem legitime Kritik an israelischer Staatsgewalt kriminalisiert wird. Der Verweis auf den Schutz jüdischen Lebens wird hier instrumentalisiert, um koloniale Strukturen gegen berechtigte Kritik zu immunisieren - und damit wird nicht nur palästinensische Realität delegitimiert, sondern auch jüdischer Antizionismus marginalisiert. Auch dies ist eine Form epistemischer Gewalt, die sich im universitären Raum in besonderer Weise reproduziert.

Angesichts all dessen sind bloße Appelle an Toleranz oder Dialog nicht mehr ausreichend. Die gegenwärtige Lage verlangt nach konkreten strukturellen Konsequenzen und einer ernsthaften institutionellen Selbstbefragung. Daraus ergeben sich, im Sinne ethischer Kohärenz und rechtlicher Bindung, folgende Forderungen:

1. Die sofortige Aussetzung aller formellen Kooperationen mit israelischen Universitäten und Institutionen, die nach den Kriterien der Palestinian Campaign for the Academic and Cultural Boycott of Israel (PACBI) in die Aufrechterhaltung von Apartheid, Kolonialismus und Genozid involviert sind. Dies betrifft insbesondere Einrichtungen wie die Hebrew University Jerusalem, das Technion in Haifa sowie alle Universitäten, die direkt mit dem israelischen Militär oder Siedlungsprojekten kooperieren.

2. Die Einrichtung einer unabhängigen akademischen Kommission zur Untersuchung der Verstrickung der LUH in völkerrechtswidrige Kooperationsstrukturen. Diese Kommission soll mit wissenschaftlicher Expertise besetzt und durch Vertreter*innen der palästinasolidarischen Initiative mitgestaltet werden. Sie dient der Aufarbeitung vergangener Partnerschaften sowie der Entwicklung ethisch verantwortungsvoller Standards für zukünftige internationale Kooperationen.

3. Eine öffentliche Positionierung der LUH gegen die europäische und insbesondere deutsche Komplizenschaft mit dem israelischen Apartheidregime. Dies umfasst eine kritische Reflexion der politischen Rahmenbedingungen (etwa Resolutionen, Drittmittelpolitik, Raumnutzungsrichtlinien), die derzeit palästinasolidarische Bildungsarbeit systematisch behindern.

Diese Forderungen sind kein Ausdruck politischer Radikalität, sondern ein ethisches Minimum, das aus der Analyse der aktuellen Lage und den menschenrechtlichen Verpflichtungen öffentlicher Institutionen hervorgeht. Es geht nicht um Symbolpolitik, sondern um konkrete Schritte hin zu einer Universität, die nicht Komplizin von Unterdrückung ist, sondern ihrem eigenen Anspruch auf gesellschaftliche Verantwortung und wissenschaftliche Integrität gerecht wird. Die Geschichte wird sich nicht nur an die Taten erinnern - sondern auch an das Schweigen. Die LUH steht an einem Scheideweg: Entweder sie entscheidet sich für eine solidarische, gerechte und verantwortungsvolle Wissenschaft - oder sie verharrt in einer Position der Bequemlichkeit und erhält ihre Mittäterschaft an der Besatzung, Apartheid und dem Genozid an den Palästinenser*innen aufrecht.

Free Palestine.

Quellenverzeichnis

Academics for Palestine (13.06.2025)

<https://academicsforpalestine.dk/academic-boycott/complicit-israeli-universities/>

Academics for Justice (21.01.2025)

https://www.academicsforjustice.com/reports/jan_12_2025.pdf

Aurdip (28.05.2025)

<https://aurdip.org/en/stop-european-funding-for-israeli-institutions-stop-complicity-in-occupation-apartheid-and-genocide/>

Amnesty (26.01.2024)

<https://www.amnesty.de/aktuell/israel-besetzte-palaestinensische-gebiete-igh-voelkermord-urteil-zivilbevoelkerung-schuetzen>

Al-Haq (2022)

<https://www.alhaq.org/>

Aljazeera (10.04.2025)

<https://www.aljazeera.com/gallery/2025/4/10/a-bombed-out-gaza-university-becomes-a-shelter-for-displaced-palestinians>

Antonio Mazzeo, (23.11.2020)

https://www.academia.edu/44781533/Una_partner_strategica_La_collaborazione_tra_le_universita%20italiane_e_Israele

American Technion Society (ATS) (24.02.2010)

https://web.archive.org/web/20130201010929/http://www.ats.org/site/News2?page=NewsArticle&id=6455&security=1&news_iv_ctrl=1522

Beauftragter der Bundesregierung für jüdisches Leben und den Kampf gegen Antisemitismus (2025)

<https://www.antisemitismusbeauftragter.de/Webs/BAS/DE/bekaempfung-antisemitismus/ihra-definition/ihra-definition-node.html>

BMBF (2014)

https://www.bmbf.de/SharedDocs/Downloads/DE/2024/positionspapier-forschungssicherheit.pdf?__blob=publicationFile&v=4

BDS (07.08.2005)

<https://bdsmovement.net/call>

BDS (08.07.2014)

<https://bdsmovement.net/pacbi/academic-boycott-guidelines>

BDS (2024)

<https://bdsmovement.net/academic-boycott>

BDS (18.03.2024)

<https://www.bdsmovement.net/Apartheid-Chips-BoycottIntel>

BDVA (13.06.2025)

<https://bdva.eu/board-members/>

Benny Morris, Benjamin Z. Kedar (19.09.2022)

<https://www.tandfonline.com/doi/full/10.1080/00263206.2022.2122448#abstract>

Bundestag (17.05.2019)

<https://www.bundestag.de/resource/blob/814894/cf6a69d010a1cc9b4a18e5f859a9bd42/WD-3-288-20-pdf-data.pdf>

Bundestag (05.11.2024)

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/136/2013627.pdf>

Bundestag (28.01.2025)

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/147/2014703.pdf>

BVerwG (20.01.2022)

<https://www.bverwg.de/200122U8C35.20.0>

CPPCG (12.01.1951)

https://www.un.org/en/genocideprevention/documents/atrocities-crimes/Doc.1_Convention%20on%20the%20Prevention%20and%20Punishment%20of%20the%20Crime%20of%20Genocide.pdf

Cicero (März 2009)

<https://www.cicero.de/wirtschaft/schaefflers-dunkler-schatten/39516>

CORDIS-EU (19.05.2020)

<https://cordis.europa.eu/project/id/876967>

CORDIS-EU (28.06.2024)

<https://cordis.europa.eu/project/id/101140087>

CORDIS-EU (19.11.2022)

<https://cordis.europa.eu/project/id/101097560>

Common Dreams (18.02.2025)

<https://www.commondreams.org/news/big-tech-gaza-genocide>

CCAS (30.05.2024)

<https://ccas.georgetown.edu/2024/05/30/scholasticide-in-gaza/>

CORDIS-EU (18.03.2024)

<https://cordis.europa.eu/project/id/101146684>

CORDIS-EU (05.06.2024)

<https://cordis.europa.eu/project/id/101168880/de>

CORDIS-EU (15.04.2024)

<https://cordis.europa.eu/project/id/101138379/de>

CORDIS-EU (09.11.2023)

<https://cordis.europa.eu/project/id/101086300>

CORDIS-EU (22.04.2016)

<https://cordis.europa.eu/project/id/713694>

CORDIS-EU (08.06.2022)

<https://cordis.europa.eu/project/id/101060415/de>

Deutsches Rotes Kreuz (01.01.2022)

https://www.drk.de/fileadmin/user_upload/PDFs/Das_DRK/Materialien/Allgemein/DRK_Genfer_Abkommen_04_Schutz_von_Zivilpersonen.pdf

DFG (11.12.2024)

<https://www.dfg.de/de/foerderung/foerdermoeglichkeiten/programme/inter-foerdermassnahmen/deutsch-israelische-projektkooperation>

DFG (40.07.2024)

<https://www.dfg.de/de/aktuelles/neuigkeiten-themen/info-wissenschaft/2024/ifw-24-71>

Elbit Systems (10.09.2024)

<https://www.elbitsystems.com/blog/schrodingers-cats-two-way-radio>

ECCP (13.05.2015)

<https://www.eccpalestine.org/eu-funding-to-israeli-military-companies-and-institutions-through-horizon2020/>

EU-Haushalt (22.04.2025)

https://germany.representation.ec.europa.eu/news/eu-haushalt-fur-verteidigungsbezogene-aufstockung-im-rahmen-einer-neuen-verordnung-festgelegt-2025-04-22_de

Eur-lex (12.05.2021)

<https://eur-lex.europa.eu/eli/reg/2021/695/oj?locale=de>

Genfer Abkommen (12.08.1949)

https://www.fedlex.admin.ch/eli/cc/1951/300_302_297/de

Ghent University (31.05.2024)

<https://www.ugent.be/en/news-events/cooperation-with-israeli-partners-update-31-may-2024>

Haaretz (03.04.2018)

<https://web.archive.org/web/20230426053857/https://www.haaretz.com/opinion/2018-04-03/ty-article-opinion/.premium/what-i-saw-at-a-shin-bet-lecture-at-hebrew-university/0000017f-db1a-db22-a17f-ffbbedbb0000>

Haaretz (26.04.2005)

<https://www.haaretz.com/2005-04-26/ty-article/haifa-university-president-calls-on-dissident-academic-to-resign/0000017f-e766-df5f-a17f-fffea0050000>

Haaretz (27.03.2019)

<https://www.haaretz.com/israel-news/2019-03-27/ty-article/.premium/military-personnel-alongside-students-israeli-army-seeks-bases-in-universities/0000017f-edaf-ddba-a37f-efef71be0000>

Horizon Europe (13.06.2025)

https://research-and-innovation.ec.europa.eu/funding/funding-opportunities/funding-programmes-and-open-calls/horizon-europe_en

HRW (14.11.2024)

<https://www.hrw.org/de/news/2024/11/14/israels-verbrechen-gegen-die-menschlichkeit-gaza>

Havatzalot (27.03.2020)

<https://www.havatzalot.org/>

Hebrew University Jerusalem (13.06.2025)

<https://en.diversity.huji.ac.il/vision>

HOT (14) (12.05.2025)

<https://www.hot.uni-hannover.de/de/arbeitsgruppen/computergestuetztephotonik/funding>

Internationaler Gerichtshof (ICJ) (26.06.1945)

<https://www.icj-cij.org/statute>

Internationaler Gerichtshof (ICJ) (26.01.2024)

<https://www.icj-cij.org/node/203447>

Internationaler Gerichtshof (ICJ) (2024b)

<https://www.icj.org/gaza-one-month-on-israel-fails-to-comply-with-the-order-of-the-international-court-of-justice/>

Internationaler Gerichtshof (ICJ) (19.07.2024)

<https://www.icj-cij.org/sites/default/files/case-related/186/186-20240719-sum-01-00-en.pdf>

IDF (13.06.2025)

<https://www.idf.il/en/mini-sites/military-colleges>

Informationsstelle Militarismus (IMI) (09.02.2024)

<https://www.imi-online.de/2024/02/09/deutsche-ruestungsexporte-nach-israel-und-die-region/>

IFW (10.01.2025)

<https://www.ifw.uni-hannover.de/de/industrie-arbeitskreise/mitglieder>

IAL (20.09.2024)

<https://www.ial.uni-hannover.de/en/institute/partners>

Investigate (18.03.2025)

<https://investigate.afsc.org/company/nvidia>

Innovation Technion (13.06.2025)

<https://innovation.technion.ac.il/en/home/>

IStGH Statut (17.07.1989)

<https://www.un.org/depts/german/internatrecht/roemstat1.html>

Israel Academia Monitor (16.05.2024)

<https://israel-academia-monitor.com/2024/05/16/the-making-of-professional-anti-israel-scholar-activist-maya-wind-as-a-case-in-point/>

ILSSE (06.2025)

https://ilsse.de/wp-content/uploads/2021/06/ILSSE_Lists-of-participating-universities.pdf

ILSSE (24.02.2020)

<https://www.uni-hannover.de/de/universitaet/aktuelles/online-aktuell/details/news/stipendienprogramm-zum-studierendenaustausch-mit-israel>

Israel Innovation Authority (17.09.2024)

<https://archive.ph/TqhYP>;

https://innovationisrael.org.il/en/press_release/second-phase-ai-program/

Jacobin (27.02.2024)

<https://jacobin.com/2024/02/israel-universities-palestine-apartheid-academia>

Jerusalem Post (30.03.2009)

<https://www.jpost.com/israel/black-thunder-unmanned-dozers-to-play-greater-role-in-idf>

Jerusalem Post (27.03.2016)

<https://www.jpost.com/israel-news/secretive-talpiot-program-helps-idf-soldiers-stay-ahead-of-the-curve-449279>

Junge Welt (03.06.2025)

<https://www.jungewelt.de/artikel/501657.armaments-deliveries-to-israel-killing-machines-from-germany.html>

Jüdische Stimme (25.03.2024)

<https://juedische-stimme.de/warum-ich-das-wort-%22antisemitismus%22-boykottiere---artike-l-von-jason-oberman>

Journals (05.02.2025)

<https://journals.aps.org/prx/abstract/10.1103/PhysRevX.15.011023>

Krupp Stiftung (13.06.2025)

<https://www.krupp-stiftung.de/>

Krupp Stiftung (13.06.2025)

<https://www.krupp-stiftung.de/wissenschaft/>

Krupp Stiftung (13.06.2025)

<https://www.krupp-stiftung.de/alfried-krupp/>

Leibniz Universität Presse (24.02.2022)

<https://www.uni-hannover.de/de/universitaet/aktuelles/online-aktuell/details/news/statement-der-hochschulleitung-zum-russischen-angriff-auf-die-ukraine/>

Leibniz Universität Presse (02.03.2022)

<https://www.uni-hannover.de/de/universitaet/aktuelles/online-aktuell/details/news/leibniz-universitaet-hannover-setzt-alle-institutionellen-kooperationen-mit-russland-aus/>

Leibniz Universität Presse (06.06.2024)

<https://www.uni-hannover.de/de/universitaet/aktuelles/online-aktuell/details/news/mahnwache-mit-protestcamp-vor-dem-welfenschloss-statement-der-hochschulleitung>

Leibniz Universität Presse (06.06.2024)

<https://www.uni-hannover.de/de/universitaet/aktuelles/online-aktuell/details/news/leibniz-universitaet-hannover-wird-stiftungsuniversitaet>

Leibniz Universität Presse (03.05.2022)

<https://www.uni-hannover.de/de/universitaet/aktuelles/online-aktuell/details/news/staerkung-der-zusammenarbeit-mit-israel>

Leibniz Universität Presse (10.01.2025)

https://www.uni-hannover.de/de/universitaet/aktuelles/online-aktuell/details/news/praesident-gibt-einblick-in-die-entwicklung-der-leibniz-universitaet-hannover-2?utm_.com

Leibniz Universität Presse (25.11.2024)

<https://www.uni-hannover.de/de/universitaet/aktuelles/online-aktuell/details/news/dfg-foerder-atlas-2024-leibniz-universitaet-hannover-legt-bei-drittmittel-einwerbung-stark-zu>

Leibniz Universität Presse (07.02.2025)

<https://www.uni-hannover.de/de/universitaet/aktuelles/online-aktuell/details/news/225-million-en-euro-fuer-die-profilschaerfung>

Leibniz Universität Presse (11.12.2023)

<https://www.uni-hannover.de/de/universitaet/aktuelles/online-aktuell/details/news/leibniz-universitaet-hannover-wird-stiftungsuniversitaet>

Leibniz Universität (1) (24.03.2025)

[https://www.fis.uni-hannover.de/portal/de/publications/terrestrial-verylongbaseline-atom-interferometry\(ebdcc44a-4242-4576-a6ee-e1388dee7a17\).html](https://www.fis.uni-hannover.de/portal/de/publications/terrestrial-verylongbaseline-atom-interferometry(ebdcc44a-4242-4576-a6ee-e1388dee7a17).html)

Leibniz Universität (2) (01.12.2023)

[https://www.fis.uni-hannover.de/portal/en/publications/superior-thermoelectric-performance-of-textured-ca3co4xo9-ceramic-nanoribbons\(51373b11-2960-4bb2-81d7-e454752219b6\).html](https://www.fis.uni-hannover.de/portal/en/publications/superior-thermoelectric-performance-of-textured-ca3co4xo9-ceramic-nanoribbons(51373b11-2960-4bb2-81d7-e454752219b6).html)

Leibniz Universität (4) (13.06.2025)

[https://www.fis.uni-hannover.de/portal/de/projects/verbesserte-pleitende-thermoelektrische-keramik-durch-kombinierte-dotierung-und-asymmetrische-strukturierung-mit-elektrogesponnen-nanobandern-und-sparkplasmasinterung\(8d919c7e-72ff-413b-aafe-ac2b6443d156\).html](https://www.fis.uni-hannover.de/portal/de/projects/verbesserte-pleitende-thermoelektrische-keramik-durch-kombinierte-dotierung-und-asymmetrische-strukturierung-mit-elektrogesponnen-nanobandern-und-sparkplasmasinterung(8d919c7e-72ff-413b-aafe-ac2b6443d156).html)

Leibniz Universität (5) (13.06.2025)

[https://www.fis.uni-hannover.de/portal/de/publications/asymmetric-structuring-of-ceramic-composite-via-coelectrospun-sodium-cobaltite-and-calcium-cobaltite-nanoribbons\(3c3429ef-68f8-4eb3-bc62-cdd95a222200\).html](https://www.fis.uni-hannover.de/portal/de/publications/asymmetric-structuring-of-ceramic-composite-via-coelectrospun-sodium-cobaltite-and-calcium-cobaltite-nanoribbons(3c3429ef-68f8-4eb3-bc62-cdd95a222200).html)

Leibniz Universität (6) (11.09.2024)

[https://www.fis.uni-hannover.de/portal/de/publications/optimization-of-misfit-calcium-cobaltite-oxygen-electrodes-for-solid-oxide-fuel-cells-through-electrospinning-processing\(99342c94-4337-4ca0-8352-d4b1a61fc1f9\).html](https://www.fis.uni-hannover.de/portal/de/publications/optimization-of-misfit-calcium-cobaltite-oxygen-electrodes-for-solid-oxide-fuel-cells-through-electrospinning-processing(99342c94-4337-4ca0-8352-d4b1a61fc1f9).html)

Leibniz Universität (7) (31.12.2024)

[https://www.fis.uni-hannover.de/portal/de/publications/advances-in-texturing-and-thermoelectric-properties-of-a-calcium-cobaltite-ceramic-via-combined-spark-plasma-sintering-and-spark-plasma-texturing\(b042e04c-ea53-4dd3-9a09-8d7b983772b7\).html](https://www.fis.uni-hannover.de/portal/de/publications/advances-in-texturing-and-thermoelectric-properties-of-a-calcium-cobaltite-ceramic-via-combined-spark-plasma-sintering-and-spark-plasma-texturing(b042e04c-ea53-4dd3-9a09-8d7b983772b7).html)

Leibniz Universität (8) (01.12.2024)

[https://www.fis.uni-hannover.de/portal/de/publications/highperformance-thermoelectric-calcium-cobaltite-nanoribbon-ceramic-via-electrospinning-and-dual-spark-plasma-texturing\(6a3f2e33-d0e1-48ab-9f8f-c889a40c5cbe\).html](https://www.fis.uni-hannover.de/portal/de/publications/highperformance-thermoelectric-calcium-cobaltite-nanoribbon-ceramic-via-electrospinning-and-dual-spark-plasma-texturing(6a3f2e33-d0e1-48ab-9f8f-c889a40c5cbe).html)

Leibniz Universität (9) (13.06.2025)

[https://www.fis.uni-hannover.de/portal/en/projects/integration-of-optical-porous-silicon-biosensors-with-3d-printed-microfluidics-for-biomarker-detection\(def89849-313d-43cf-8937-227a7332132f\).html](https://www.fis.uni-hannover.de/portal/en/projects/integration-of-optical-porous-silicon-biosensors-with-3d-printed-microfluidics-for-biomarker-detection(def89849-313d-43cf-8937-227a7332132f).html)

Leibniz Universität (10) (17.07.2024)

[https://www.fis.uni-hannover.de/portal/de/publications/enhancing-the-performance-of-porous-silicon-biosensors\(4898c047-4800-4407-83a0-ec3c1944bf6b\).html](https://www.fis.uni-hannover.de/portal/de/publications/enhancing-the-performance-of-porous-silicon-biosensors(4898c047-4800-4407-83a0-ec3c1944bf6b).html)

Leibniz Universität (11) (27.12.2023)

[https://www.fis.uni-hannover.de/portal/en/publications/photonic-si-microwell-architectures-for-rapid-antifungal-susceptibility-determination-of-candida-auris\(6cfc790c-1666-4af3-a6be-a57b78cb3fe7\).html](https://www.fis.uni-hannover.de/portal/en/publications/photonic-si-microwell-architectures-for-rapid-antifungal-susceptibility-determination-of-candida-auris(6cfc790c-1666-4af3-a6be-a57b78cb3fe7).html)

Leibniz Universität (12) (13.06.2025)

[https://www.fis.uni-hannover.de/portal/en/projects/emulsion-gels-based-on-combination-of-oligo-gels-and-hydrogels-as-healthy-margarine-replacers-in-laminated-pastry-products\(02dfab99-30c5-4ce9-8d94-0fe93935bff3\).html](https://www.fis.uni-hannover.de/portal/en/projects/emulsion-gels-based-on-combination-of-oligo-gels-and-hydrogels-as-healthy-margarine-replacers-in-laminated-pastry-products(02dfab99-30c5-4ce9-8d94-0fe93935bff3).html)

Leibniz Universität (22.05.2025)

<https://www.uni-hannover.de/de/forschung/exzellenzstrategie>

Leibniz Universität (10.02.2025)

<https://www.uni-hannover.de/de/universitaet/profil/leitbild-und-strategien/leitbild>

LUH-Fundingliste (10.02.2025)

<https://www.uni-hannover.de/de/universitaet/freunde-foerderer/fundraising>

MTU (12.06.2025)

<https://www.mtu.de/de/engines/militaerische-triebwerke/kampfflugzeuge/>

Middle East Monitor (11.10.2022)

<https://www.middleeastmonitor.com/20221011-historians-reveal-israels-use-of-poison-against-palestinians/>

Medium (06.02.2024)

<https://medium.com/@phds4palestine/technion-exposed-israel-technology-institutes-links-with-the-idf-caffae135923>

Mondoweiss (02.03.2024)

<https://mondoweiss.net/2024/03/how-israeli-universities-are-an-arm-of-settler-colonialism/>

Mondoweiss (24.04.2024)

<https://mondoweiss.net/2024/04/nadera-shalhoub-kevorkian-and-the-liquidation-of-all-untruths/>

Mondoweiss (20.05.2025)

https://mondoweiss.net/2025/01/despite-our-universities-and-hospitals-lying-in-ruins-my-generation-will-rebuild-gaza/?utm_.com

Maya Wind, *Towers of Ivory and Steel: How Israeli Universities Deny Palestinian Freedom*, Verso (2024)

MWK (12.02.2024)

<https://www.mwk.niedersachsen.de/startseite/aktuelles/presseinformationen/niedersachsen-weitert-zusammenarbeit-mit-israel-aus-229461.html>

MWK (05.03.2025)

<https://www.mwk.niedersachsen.de/startseite/aktuelles/presseinformationen/land-starkt-zusammenarbeit-von-forschenden-aus-niedersachsen-und-israel-240038.html>

nd-aktuell (06.04.2024)

<https://www.nd-aktuell.de/artikel/1181285.staatsraeson-deutsche-israelpolitik-von-moral-kaum-die-rede-sein.html>

NDR (06.07.2014)

<https://www.ndr.de/nachrichten/investigation/Militaerforschung,ruistungsforschung100.html>

NYACT (2014)

<https://nyact.net/links/about-the-technion/>

OCHA (2024)

<https://www.ochaopt.org/>

ODM (20.03.2024)

<https://multinationales.org/fr/a-chaud/actualites/les-liaisons-dangereuses-de-l-industrie-francaise-de-l-armement-avec-israel>

OHCHR (23.03.2021)

<https://www.ohchr.org/en/hr-bodies/hrc/regular-sessions/session46/res-dec-stat>

Pappé, Ilan. *The Idea of Israel: A History of Power and Knowledge*. Verso Books, (2014)

PhoenixD (05.02.2025)

<https://www.phoenixd.uni-hannover.de/de/forschung/publikationen/publikationen-details/fis-details/publ/e40edb98-1f84-4ede-ba37-725ad5ac6008?cHash=05fd19ecef4af4b8264114069d5928b>

Psagot Alumni (2024)

<https://web.archive.org/web/20240128164932/https://www.psagotalumni.com/>

Robbins, Bruce (21.12.2020)

<https://www.tandfonline.com/doi/abs/10.1525/jps.2016.45.4.90>

Reuters 21.01.2010

<https://www.reuters.com/article/amp/idUKLDE60B1IJ20100112/>

Romeo-L3S (13) (13.06.2025)

<https://www.l3s.de/research-at-l3s/all-projects/romeo/>

Scholars against war (2024)

<https://scholarsagainstar.org/toolkit/>

Sartorius (17.02.2025)

<https://www.sartorius.com/download/1661808/fy-2024-download-sag-annual-report-en-data.pdf>

Symrise (03.02.2023)

<https://www.symrise.com/de/newsroom/artikel/symrise-cosmetic-ingredients-geht-strategische-partnerschaft-mit-synergio-ein/>

Schaeffler (13.06.2025)

<https://www.schaeffler.com/de/konzern/geschichte/1940-1946/>

Schöllgen, Gregor. *Die Geschichte der Schaefflers 1933-1946* (30.11.2021)

https://www.gregorschoellgen.de/media/archive1/artikel/Gregor_Schoellgen-Geschichte_der_Schaefflers.pdf

SZ (17.05.2010)

<https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/schaeffler-und-die-ns-zeit-haessliche-braune-flecken-1.483170>

Statewatch (22.03.2024)

<https://www.statewatch.org/analyses/2024/european-money-for-the-war-in-gaza-how-eu-research-funding-supports-the-israeli-arms-industry/>

Tagesschau (14.07.2023)

<https://www.tagesschau.de/wirtschaft/unternehmen/alfried-krupp-untersuchung-100.html>

Tagesschau (04.05.2024)

<https://www.tagesschau.de/inland/gesellschaft/universitaeten-sorge-antisemitismus-100.html>

Technion (2025)

<https://innovation.technion.ac.il/en/home/>

Technion (15.10.2013)

<https://web.archive.org/web/20240129200953/https://www.technion.ac.il/en/2023/10/from-the-president-of-the-technion/>

taz (13.10.2017)

<https://taz.de/Exzellenz-Initiative-in-der-Kritik!/5452651/>

taz (03.06.2024)

<https://taz.de/Uni-Protest-in-Berlin!/6011763/>

taz (22.07.2022)

<https://taz.de/Hochschulen-im-Wandel!/5865868/>

taz (05.05.2021)

<https://taz.de/Zerstochene-Autoreifen-nach-Streit!/5769427/>

taz (15.10.2019)

<https://taz.de/Asta-Mitglied-ueber-Militaerforschung!/5629853/>

taz (21.01.2015)

<https://taz.de/Ruestungsforschung-an-der-Uni!/5023195/>

TUE (14.05.2025)

https://static1.squarespace.com/static/6231c0ab39d6533832f5c4fe/t/6825c911cc59b46c57496384/1747306772748/TU_E_ties.pdf

TNI (04.06.2024)

<https://www.tni.org/en/publication/partners-in-crime-EU-complicity-Israel-genocide-Gaza>

The Jerusalem Post (27.03.2016)

<https://www.jpost.com/israel-news/secretive-talpiot-program-helps-idf-soldiers-stay-ahead-of-the-curve-449279>

University of Haifa Magazine (2018)

<https://magazine.haifa.ac.il/images/volumes/Heights%20Summer%202018.pdf>

UKPfP (12.05.2025)

<https://ukpsychologistsforpalestine.substack.com/p/the-scholasticide-in-gaza-a-systematic>

UN (09.12.1948)

https://www.un.org/en/genocideprevention/documents/atrocities-crimes/Doc.1_Convention%20on%20the%20Prevention%20and%20Punishment%20of%20the%20Crime%20of%20Genocide.pdf

UN 66/225 (22.12.2011)

<https://docs.un.org/en/%20A/RES/66/225>

UN (17.07.1998)

<https://www.un.org/depts/german/internatrecht/roemstat1.html>

UN (23.12.2016)

<https://www.un.org/webcast/pdfs/SRES2334-2016.pdf>

UNSCR (22.03.1979)

<http://unscr.com/en/resolutions/446>

UN (28/30.04.1953)

<https://www.un.org/unispal/document/auto-insert-210985/>

UNSCR (20.07.1979)

<http://unscr.com/en/resolutions/452>

UN (20.08.1980)

<http://unscr.com/en/resolutions/478>

UN-News (18.04.2024)

<https://news.un.org/en/story/2024/04/1148716>

UNSCR (20.08.1980)

<http://unscr.com/en/resolutions/478>

Who Profits (23.05.2024)

<https://www.whoprofits.org/companies/company/7236>

Who Profits (19.02.2023)

<https://www.whoprofits.org/companies/company/4108?mehadrin-group>

Who Profits (04.12.2023)

<https://www.whoprofits.org/companies/company/3958>

Who Profits (02.05.2023)

<https://www.whoprofits.org/companies/company/7374>

Zukunft.Niedersachsen (05.03.2025)

<https://zukunft.niedersachsen.de/foerderung-fuer-acht-niedersaechsisch-israelische-kooperationsprojekte/>

Zukunft.Niedersachsen (13.06.2025)

<https://zukunft.niedersachsen.de/foerderangebot/forschungskooperation-niedersachsen-israel/>

ZDF Heute (11.03.2025)

<https://www.zdfheute.de/wirtschaft/unternehmen/volkswagen-vw-ruestung-blume-militaer-fabriken-100.html>

+972mag (24.10.2014)

<https://www.972mag.com/hebrew-u-threatens-palestinian-students-with-expulsion-for-political-activities/>

+972mag (03.04.2024)

<https://www.972mag.com/lavender-ai-israeli-army-gaza/>